



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **4. Sitzung (öffentlich)**

2. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Gespräch mit der Generalkonsulin der Tschechischen Republik in Düsseldorf, Frau Kristina Larischová (PowerPoint-Präsentation s. Anlage 1)</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Die Netzwerkstelle Städtepartnerschaften – Bestandsaufnahme, Rahmenbedingungen, Perspektiven (PowerPoint-Präsentation s. Anlage 2)</b>	<b>16</b>
	Gespräch mit Herrn Wolfram Kuschke, Staatsminister a. D., Vorsitzender des Kuratoriums der Auslandsgesellschaft.de	
	Information 18/36	
<b>3</b>	<b>Ergebnisse der Regierungskonsultationen mit Belgien am 29. November 2022</b>	<b>30</b>

– mündlicher Bericht der Landesregierung

**4 Der Media Freedom Act der EU hat mit „Freedom“ nichts zu tun und muss abgelehnt werden! 33**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1677

In Verbindung mit:

**5 Subsidiaritätsrüge zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (BR-Drs. 514/22)**

EU-Vorlage 18/1

– Wortbeiträge

Der Ausschuss vertagt die Beratung über TOP 4 und 5.

**6 „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung 34**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1664

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

**7 Verschiedenes 37**

– keine Wortbeiträge

\* \* \*

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** die Generalkonsulin der tschechischen Botschaft, Frau Kristina Larischová, sowie Frau Beate Brockmann und Herrn Wolfram Kuschke von der Auslandsgesellschaft.

Vom Ministerium heiße er MDgt Ludgar Siemes, den Abteilungsleiter IV – Europa und Internationales – willkommen. Der Staatssekretär lasse sich entschuldigen. Minister Liminski lasse sich auch entschuldigen, werde aber später dazu kommen. Kollege Prof. Dr. Andreas Pinkwart nehme heute das letzte Mal an der Ausschusssitzung teil, weil er den Landtag verlassen werde.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** möchte sich von dem Ausschuss in dieser Sitzung verabschieden. Er lade die Ausschussmitglieder ein, sich ein Stück Kuchen zu nehmen. Er werde zum 1. Januar an die Universität Siegen wechseln und dort seinen früheren Lehrstuhl wieder aufleben lassen, der eine neue Denomination zum Thema „Digitales Entrepreneurship und Innovationsmanagement“ erfahre. Er freue sich sehr, dass er in Forschung und Lehre wieder arbeiten dürfe.

**Inge Blask (SPD)** bittet darum, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 zusammen zu diskutieren.– Der Ausschuss ist einverstanden.

## **1 Gespräch mit der Generalkonsulin der Tschechischen Republik in Düsseldorf, Frau Kristina Larischová (PowerPoint-Präsentation s. Anlage 1)**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** legt dar, mittlerweile sei es schon Tradition, dass der Europaausschuss während der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft, Vertreterinnen und Vertreter des jeweiligen Landes einlade, um sich auszutauschen. Jetzt sei man fast gegen Ende der Tschechischen EU-Ratspräsidentschaft. Heute könne man eine Bilanz ziehen.

Frau Larischová habe eine Präsentation mitgebracht. Der Ausschuss sei sehr gespannt, was Frau Larischová zu berichten habe.

**Kristina Larischová (Generalkonsulin der Tschechischen Republik in Düsseldorf)** trägt mithilfe einer PowerPoint-Präsentation (s. Anlage 1) vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger! Liebe Gäste! Ich freue mich sehr über diese Einladung. Danke noch einmal dafür und ich merke, sie haben ein ziemlich dichtes Programm. Ich werde gleich in mein Thema einsteigen. Ich bin aus meiner Perspektive, weil die Zeit so schnell hier läuft, subjektiv. Ich bin allerdings schon seit Februar hier. Ich kenne einige von Ihnen und hatte schon Gelegenheit, Sie zu treffen, aber noch gibt es sicher Potenzial, dass wir vielleicht künftig auch bilateral in Austausch kommen. Darüber würde ich mich sehr freuen.

Zu unserem Thema heute: Sie haben recht, unsere Ratspräsidentschaft neigt sich langsam seinem Ende zu. Es bleibt nur noch ein Monat, und mein Land hat zum zweiten Mal die Präsidentschaft inne. Das erste Mal, das war unter völlig anderen Bedingungen, natürlich noch vor dem Lissabon-Vertrag. Sie kennen die Konsequenzen für die Rolle der Präsidentschaft. Jetzt sind wir in einer anderen Situation. Sie wissen, wir sind gemeinsam mit Frankreich und Schweden in einem Trio. Wie sie alle sehr genau wissen, das Programm wurde in einer völlig anderen Zeit vorbereitet mit Blick auf das, was wir im Februar erlebt haben.

Die russische Aggression gegen die Ukraine hat alles völlig verändert. Es hat nicht nur europäische, sondern auch globale Auswirkungen. Das heißt, unsere Präsidentschaft muss sich mit dringenden Sicherheitsfragen beschäftigen. Gleichzeitig müssen wir uns auch den ursprünglich festgelegten, dauerhaften und strategischen Themen widmen, wie den grünen und digitalen Wandel, EU-Wirtschaft, Resilienz usw.. Das sage ich eingangs, damit Sie verstehen, warum unser Programm so ambitioniert war.

Jetzt kommen wir zu dem Motto „Europa als Aufgabe: Umdenken, Umbauen und neu gestalten.“ Vielleicht können sich einige von Ihnen erinnern, Europa als Aufgabe, das ist ein Titel, der von unserem ersten Staatspräsidenten Václav Havel stammt. Er hat das als Titel seiner Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen gewählt. Das war allerdings das Jahr 1996, eine völlig andere Situation. Heute stehen wir in Europa vor ähnlich tiefen Diskontinuitäten auf vielen Gebieten, nicht nur in der Außenpolitik, auch im Wandel der Energiestrukturen, Bedrohung der demokratischen

Systeme etc. Wir müssen heute im Unterschied zu damals, zum Ende der 90er-Jahre, handeln, und zwar schnell. Wir müssen konkrete Lösungen hier liefern.

Das Logo stammt aus dem Jahre 2009. Rechts sehen Sie unser jetziges Logo. Vielleicht nur für die, die es interessiert, das sind natürlich die Farben der Nationalflaggen. Da spielt man mit der Form einer Kompassnadel. Nadel, Kompass, Orientierung, das ist klar. Die Grundform, die elementare Form ist ein Dreieck, was sich auf den Keil auf der tschechischen Flagge bezieht. Es ist einzigartig im Rahmen der EU-Staaten, dass wir hier dieses Element auf der Flagge haben.

Zu den politischen Prioritäten: Die politischen Prioritäten sind 5 sektorübergreifende Schwerpunktbereiche. Wie ich vorhin schon signalisiert habe: Sie zielen darauf ab, sowohl die aktuellen Herausforderungen als auch die langfristigen Ziele der EU zu verfolgen.

Erstens: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise und Erholung der Ukraine nach dem Kriege. Ich wollte nur zu diesem Thema eine Fußnote aus meiner eigenen Perspektive machen. Für mich als Tschechin ist es sehr erfreulich, dass wir in der Lage waren, wirklich sehr großzügig mit offenen Armen sehr viele Leute aufzunehmen. Wir haben – zur Erinnerung, Tschechien hat 10,6 Millionen Einwohner – mehr als 450.000 Menschen vorübergehenden Schutz, Asyl gewährt, 150.000 Ukrainern. Es gelingt auch sehr gut, diese Menschen in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Das sage ich absichtlich, weil wir sehr stolz darauf sind, dass es nicht nur der Staat war, sondern auch die breite Gesellschaft, die wirklich bereit war, diese Solidarität zu zeigen. Dies ist für mich persönlich so ein bisschen eine Wiedergutmachung nach der Performance 2015 und 2016.

Zweitens: Energiesicherheit, das ist klar, das muss ich nicht weiter kommentieren.

Drittens: Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten einschließlich Cybersicherheit. Das ist ein Thema, das uns sehr wichtig ist, weil wir – unser Staat und die Strukturen – selbst oft Zielscheibe von Cyberattacken waren. Wir halten das für ein ganz wichtiges Thema für die Agenda der EU.

Viertens: Strategische Widerstandsfähigkeit der EU-Wirtschaft, ein relativ breites Thema. Sie kennen die Zusammenhänge.

Fünftens: Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen.

Wie Sie sehen, ist es sehr ambitioniert. Jetzt kommen wir zu den sektorspezifischen Agenden. Sie sind Menschen, die sich speziell auch für internationale Beziehungen und Außenpolitik interessieren.

Horizontale Prioritäten: Geografische Schwerpunkte sind auch klar. Wir zielen natürlich auf die Ukraine, aber auch weitere Staaten in Osteuropa.

Raum westlicher Balkan: Da haben wir uns auch ambitionierte, bestimmte Ziele gesetzt. Hier kann man im Rückblick relativ zufriedenstellend feststellen, dass uns einiges gelungen ist.

Der letzte Punkt: Glauben Sie es oder nicht, als mittelgroßes Land – ich sage das absichtlich, nachdem sich die Österreicher als mittelgroßes Land bezeichnen dürfen,

dürfen wir das auch – stellen wir solche Ziele und Prioritäten heraus wie Indo-Pazifik und Sahel, meine Damen und Herren! Das geht dank der EU, weil wir uns durch unsere Mitgliedschaft in diesem Gremium auch überproportionale Ziele setzen müssen und dürfen. Diese strategische Engagement der EU sollte natürlich auch im Einklang mit dem strategischen Kompass liegen. Das zu den geografischen Prioritäten.

Jetzt kommen wir zu den schwierigeren Punkt, meine Damen und Herren. Das ist die Bilanz. Wie präsidiert man in einer Krisenzeit, gemessen an den kühnen Zielen und Prioritäten? Danach muss man auch bescheiden sagen, es gelingt nicht alles, aber wir haben einiges, was wir mit Stolz präsentieren können, für die gesamte EU als Ratspräsident verwirklicht, derzeit Thema eins, die Hilfe für die Ukraine. Natürlich waren nicht alle fünf Monate dieser tschechischen Ratspräsidentschaft gleich produktiv. Das ist völlig klar. Am Anfang ging es etwas langsamer, man hat auch ein wenig auf Kulturelles gesetzt. Dann aber ging das viel schneller. Das Brüsseler Geschäft ging los. Da waren vor allem die Herbstmonate die produktivsten.

Zu dem Thema Hilfe der Ukraine und Sanktionen gegen die Aggressoren: Das war eindeutig unsere Priorität Nummer eins. Es ist gelungen, die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Ukraine gemeinsam mit den Partnern zu organisieren. Die EU hat der Ukraine sehr günstiges Darlehen in Höhe von insgesamt 9 Milliarden Euro zugesagt. Davon wurden bisher 6 Milliarden Euro des Paketes bereitgestellt.

Rechtzeitig haben die Mitgliedsstaaten dies erkannt. Wichtig ist für den ukrainischen Staat, dass er eine Planungssicherheit hat, auch im Sinne der makroökonomischen Stabilität, damit es überhaupt die eigentlichen Funktionen des Staates gewährleisten kann. Daher wurde im Oktober der Plan für finanzielle Unterstützung des ukrainischen Staates für das nächste Jahr gebilligt, die Höhe bezieht sich auf 18 Milliarden Euro, anderthalb Milliarde Euro monatlich als makroökonomische Hilfe. An diesem Plan arbeiten jetzt die Finanzminister der EU.

Im Oktober beschloss der Rat, die Ukrainer im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zu unterstützen und die militärische Unterstützung um weitere 500 Millionen Euro zu erhöhen. Insgesamt hat die EU bereits 3,1 Milliarden Euro für die Stärkung der Streitkräfte der Ukraine ausgegeben. Darüber hinaus – das ist relativ neu – haben die Mitgliedstaaten beschlossen, eine Militärhilfemission zur Unterstützung der Ukraine einzurichten. Da geht es um die Aufgabe, die ukrainischen Streitkräfte auszubilden. Natürlich muss man die Arbeit der Mitgliedstaaten koordinieren.

Zu dem Thema Sanktionen: Wir haben am Anfang das 8. Sanktionspaket verabschiedet. Es richtet sich gegen russische Einzelpersonen, aber auch natürlich Einrichtungen. Wir glauben, dass es langsam, aber sicher Wirkung zeigt. Weitere Punkte beziehen sich auch auf den Iran. Es gibt bestehende Sanktionslisten gegen den Iran, aber es gibt da Neuigkeiten, z. B. Verbot der Einreise in unser Hoheitsgebiet als EU, dann das Einfrieren von Vermögen von bestimmten Personen und iranischen Einrichtungen. Das war nicht nur eine Reaktion auf den schrecklichen Tod von Mahsa Amini, sondern auch auf die grausame Reaktion des Regimes auf die Proteste in den Straßen.

Last, but not least, wir haben versucht, auch darauf zu reagieren, dass Iran die Drohnen an Russland geliefert hat, billige Drohnen, eine große Menge von Drohnen, die

sich Russland leisten kann, um Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur vorzunehmen. Das fand auch Antwort in Form von Sanktionen.

Noch ein Punkt: Wir waren diejenigen, denen es im August gelungen ist, die Aussetzung des Abkommens über Visa-Erleichterungen mit Russland zu erreichen. Wir fanden es nicht in Ordnung – das sage ich als Vertreterin eines Landes, das sehr beliebte Bade- und Kurorte hat, die vor allem beim russischen Klientel beliebt waren –, dass die russischen Bürger, die völlig konform mit dem Regime sind, sich da rekreieren, sei es an der Côte d'Azur oder bei uns in Karlsbad. Das war auch ein Punkt.

Des Weiteren zum Thema Energie, das ist ein sehr umfangreiches Thema: Die EU hat eine Dringlichkeitsverordnung verabschiedet, ein Meisterwerk. Die neuen Vorschriften werden ab 1. Dezember bis Ende März des nächsten Jahres gelten. Es geht um eine neue Gasspeicherungsverordnung, über die Senkung der Gasnachfrage. Ich verweise auf die Initiative zur Schaffung einer EU-Energieplattform, neue Wege zur Diversifizierung der Versorgungsquellen. Zuletzt hatten wir am 24. November das vierte außerordentliche Treffen der Energieminister. Da wurden neue Sofortmaßnahmen beschlossen, die unter anderem auch den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen beschleunigen sollen.

Insgesamt hat man als Leser der Nachrichten den Eindruck, dass es in unserer Präsidentschaft vor allem um die Energie geht. Aus meiner Perspektive kann ich sagen: Während es früher vielleicht Monate oder sogar Jahre gedauert hätte, ist Europa heute unter dem Druck dieser Krise in der Lage, innerhalb von Wochen Lösungen auf den Tisch zu legen.

Das weitere Thema, bei dem wir auch eine Bilanz ziehen möchten, ist das Thema der EU-Erweiterung. Hier ist die Lage auch klar: Gewährung des Kandidatenstatus für die Ukraine und Moldawien. Es gab auch konkrete Fortschritte bei den Erweiterungsverhandlungen. Im Juli 2022 konnte der Beitrittsverhandlungsprozess für Albanien und Nordmazedonien eingeleitet werden. Da muss man fairerweise sagen – das gilt auch für weitere Punkte –, das war in erster Linie der Verdienst der Französischen Ratspräsidentschaft.

Visafreiheit für Kosovo, das ist ein neues Thema. Das hat in den letzten 2 Tagen Schlagzeilen gemacht. Der EU-Rat entschied mit 6-jähriger Verzögerung über den Beginn dieser Verhandlungen. Das heißt jetzt, spätestens ab dem 1. Januar 2024 sollten die Kosovaren auch die Möglichkeit haben, visafrei einzureisen.

Westbalkan und Migration: Das ist eine Sache, die uns auch sehr auf dem Herzen liegt. Wie Sie wissen, unser Land ist ein Befürworter der Erweiterung der EU um die Länder des westlichen Balkans. Da gibt es vor allem im Moment ein Thema. Laut Frontex haben die EU-Mitgliedsstaaten aus dem westlichen Balkan die höchste Zahl irregulärer Migranten seit 2017 verzeichnet. Dem muss man entgegenwirken. Verstärkte Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Informationsaustausch über Europol etc. sind andere Fragestellungen.

Vielleicht ein Thema noch mit Blick auf den westlichen Balkan, die Cybersicherheit. Wir haben den Eindruck, dass man hier besondere Hilfe leisten muss, und zwar bei

der Bekämpfung der Verbreitung von russischen Desinformationen in diesem Teil der Erde.

Ich habe noch einiges zu der Digitalisierung. Nur ganz kurz: Der Ratspräsidentschaft ist es gelungen, die Ziele für die digitale Transformation der EU bis 2030 festzulegen. Das wurde ausgehandelt. Dank den französischen Kollegen wurden im Juli Beschlüsse zur digitalen Diplomatie angenommen. Der Punkt, der uns sehr auf dem Herzen liegt, ist, den Menschen in den Mittelpunkt dieser Strategien zu stellen, also nicht den Staat, sondern die menschenorientierte Strategie.

Weiter haben wir den Rechtsakt über die digitalen Märkte, auch ein Werk von der vorherigen französischen Ratspräsidentschaft. Da geht es um die Verordnungen für die Regeln für große Online-Plattformen, die man daran hindern kann, die Dominanz oder marktbeherrschende Stellung zu missbrauchen.

Ich komme zum Ende meiner Präsentation. Ich wollte noch eines anmerken, etwas Positives. Ich glaube, meine Damen und Herren, die Invasion der Russischen Föderation in der Ukraine, die die geopolitische Lage auf unserem Kontinent völlig verändert hat, zeigt uns, dass wir als Europäer, vielleicht auch zur Überraschung mancher externer Beobachter, sehr schnell, wirksam und auch einig, was ja das Allerwichtigste ist, handeln können, natürlich durch externe Bedrohung, durch diese Krise verursacht. Aber es ist uns gelungen.

Ich bin interessiert, wie Sie unsere Performance wahrnehmen. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir als Europäer durch diese Einigkeit wirklich einiges erzielen können, wenn ich das etwas zugespitzt sagen darf. Dank Putin, der sich gewaltig geirrt hat – er hat sich verrechnet –, hält die EU gut zusammen. Man müsste Putin fast für eine Auszeichnung für ein vereintes Europa nominieren.

Ich hoffe, wir haben noch ein bisschen Zeit zum Austausch. Ich bedanke mich zunächst einmal für Ihre freundliche Aufmerksamkeit und freue mich auf Ihre Kommentare, Eindrücke und Fragen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank, Frau Generalkonsulin Larischová für den informativen Vortrag. Es war wirklich eine breite Palette von Themen, die in der Ratspräsidentschaft behandelt wurden. In der Tat, der 24. Februar hat natürlich die Vorzeichen komplett verändert. Ich teile die Analyse auch, dass wir jetzt eine andere geopolitische Lage haben und in Europa anders miteinander arbeiten.

Ich frage aber erst einmal in die Runde: Gibt es Wortmeldungen von Ihrer Seite? Ich sammle einmal. Ich habe Herrn Neumann, dann Frau Aymaz, Frau Plonsker, Herr Pinkwart und Herr Tritschler.

**Josef Neumann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Frau Generalkonsulin noch einmal hier für Ihre ausführlichen Darstellungen aus der Ratspräsidentschaft Ihres Landes. Ich glaube, Sie haben zusammenfassend, was die Ukraine und die Solidarität Europas anbetrifft, deutlich gemacht, dass Europa da zusammensteht und auch an der Seite der Ukraine steht.

Nichtsdestotrotz gibt es jenseits des Krieges gegen die Ukraine viele Themenfelder, die Sie auch angesprochen haben. Ich möchte auf zwei Themen zurückkommen und nachfragen, nämlich bei dem Thema der Digitalisierung, der digitalen Transformation und gleichzeitig bei dem Thema Cybersicherheit. Wir erleben, dass Kriegsführungen heute sehr unterschiedlich sind. Das Thema „Sicherheit im Netz“ ist heute ein zentrales Thema nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Frage von Desinformation. Vielleicht könnten Sie noch einmal ausführen, was bis jetzt geschehen ist, was auch vielleicht noch geschehen muss, damit wir da die Sicherheit besser garantieren können und insbesondere auch die Widerstandsfähigkeit der Demokratie, aber auch unserer Ökonomie sicherstellen können.

Der zweite Punkt wäre: Sie haben das Thema der illegalen Migration angesprochen, die in unterschiedlichen Bereichen tangiert ist. Nun haben wir aber gleichzeitig, unabhängig von der illegalen Migration, auch legale Migration, und zwar eine ziemlich große. Glauben Sie, dass die Maßnahmen, die die legale Migration anbetreffen, insbesondere auch die Integration zum Beispiel über die Frage von Sprache und Arbeitsmarkt, ausreichen, oder müssen wir da nicht zusätzlich noch Maßnahmen ergreifen, um wesentlich schneller zu werden, um diesen Integrationsprozess auch zu beschleunigen?

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Frau Generalkonsulin, herzlichen Dank für die Zusammenfassung und auch einen Rückblick. Ich würde Ihnen gerne mit einer Fragestellung die Möglichkeit geben, in die Zukunft zu blicken, und zwar mit der Frage, welche Projekte und Initiativen aus Ihrer Sicht die kommende Ratspräsidentschaft besonders prägen werden, auf welche Herausforderungen es ankommen wird, auch noch mal mit einer Perspektive, wie Sie glauben, diese auch anzugehen.

Meine zweite Frage bezieht sich wie bei meinem Kollegen Vorredner auf die Frage von geflüchteten Menschen. Wir haben die Situation, dass gewisse Staaten nicht nur über Cyber, sondern auch über Menschen und über Migration versuchen, einen Angriff auf Europa zu starten, dass auch bewusst schutzsuchende Menschen zu einer Verhandlungsmasse, zu einer Art Waffe gemacht werden, gerade auch gegen die EU.

Ich würde da gerne wissen, wie Sie glauben, wie da die Europäische Union entlang ihrer Werte von Humanität und Solidarität auch gestärkt rausgehen kann, Stichwort vor allen Dingen Türkei und der Flüchtlingsdeal. Vielleicht bieten Sie noch einmal eine Perspektive, wie man zukünftig auf diese Frage eine gemeinsame humanitäre Antwort finden kann.

**Romina Plonsker (CDU):** Liebe Frau Generalkonsulin, auch ich bedanke mich für meine Fraktion für Ihren Bericht und für Ihre Initiativen in der Ratspräsidentschaft. Ich mache jetzt noch einmal ein ganz neues Themenfeld auf und hoffe, dass wir das noch in der Zeit hinbekommen, und zwar die Energiewende. Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen auf den Kohleausstieg 2030 verständigt, und wir hören immer wieder aus Tschechien, dass es für neue Kohlekraftwerke zumindest Ideen gibt. Sie haben auch noch sehr viele ältere Kraftwerke, Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke am Netz. Wie

beurteilen Sie durch die Brille der EU-Ratspräsidentschaft den Prozess Fit-for-55 aus tschechischer Sicht?

Das zweite Themenfeld wäre vielleicht noch einmal ein Blick von Ihnen auf den Brexit. Wir haben ja die deutsche Brille, hier insbesondere die nordrhein-westfälische Brille und beobachten vieles sehr besorgt, sehr kritisch. Mich würde hier Ihre Einschätzung interessieren.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Wir haben noch zwei Wortmeldungen, zunächst Herr Prof. Dr. Pinkwart für die FDP-Fraktion.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Frau Generalkonsulin, auch von meiner Seite herzlichen Dank für Ihren sehr umfassenden und sehr guten Bericht. Ich habe zwei Nachfragen dazu, eine mit Blick auf Europa. Sie haben Russland, Putin, trotz aller negativen Wirkungen auch als einen Beförderer des europäischen Gedankens gekennzeichnet.

Zeitenwende – Sie haben in Ihrem Bericht das Thema Pandemie nicht mehr erwähnt. Das hätte ja auch ein Stück Zeitenwende sein können oder war es vielleicht auch, ein Digital Booster, was immer der Pandemie zugeschrieben wird. Indem Sie es nicht erwähnen: Ist für die europäische Perspektive die Pandemie vorüber? Können wir das erfolgreich als Pandemie abhaken, oder sind wir da irgendwie noch gefordert, respektive: Was müssen wir daraus lernen? Gibt es da etwas auch für die neue Ratspräsidentschaft, an dem gearbeitet werden sollte?

Das Zweite, was mich sehr interessiert, ist in Bezug auf die Themen, die Sie dieses Jahr für Europa bearbeitet haben: Sehen Sie dort auch Themen, die für die spätere Zusammenarbeit Ihres Landes mit Nordrhein-Westfalen wichtig sind? Wir haben ja viele Gemeinsamkeiten, wenn ich das richtig sehe, im Energiebereich oder bei Cybersicherheit, bei anderen Themen. Haben Sie hier in Ihren letzten Monaten noch Anknüpfungspunkte vielleicht gesehen, an denen wir nach Ihrer Ratspräsidentschaft als Land Nordrhein-Westfalen mit Ihnen gemeinsam weiter arbeiten können?

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Abschließend Herr Tritschler von der AfD Fraktion.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch von unserer Seite, Frau Generalkonsulin, für den Vortrag. Ich habe auch zwei kleine Nachfragen, das ist auch zum Teil angerissen worden. Zum einen geht es um das Thema Cybersicherheit. Wie sind da die Impulse gewesen, insbesondere im Zusammenhang mit Investitionen in kritische Infrastruktur aus China?

Der zweite Punkt, den ich auch noch einmal ansprechen wollte. Ich war vor ein paar Wochen in Prag, ist ja immer eine Reise wert. Da kreuzen sich ein Stück weit zwei Migrationsrouten, zu meinen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, zum anderen auch die Migration über die Balkanroute. Wie sind die Maßnahmen oder die Impulse, die auch von Ihrer Ratspräsidentschaft ausgingen in Sachen illegale Migration, insbesondere

Balkanroute? Sie hatten auch Visaregelungen angesprochen. Vielleicht können Sie uns dazu noch etwas sagen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ich habe auch noch als Vorsitzender einen Punkt. Sie hatten bei den Prioritäten der Tschechischen Ratspräsidentschaft, den fünf Themenbereichen, einen Themenbereich, der „Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen“. Was genau ist damit gemeint oder was hatten sie geplant? Was ist da passiert? Das würde mich noch einmal interessieren.

Jetzt der Versuch der Frau Generalkonsulin, alle diese Fragen zu beantworten, bitte schön.

**Kristina Larischová (Generalkonsulin der Tschechischen Republik in Düsseldorf):** Wie man so schön sagt: Das Leben ist kein Ponyhof. Das zeigt sich jetzt total klar für mich. Sie haben richtig schwierige Fragen gestellt, und es ist sehr umfassend. Ich werde ganz sicher nicht in der Lage sein, auf alle qualifiziert zu antworten. Aber ich versuche, das abzuarbeiten. Die Priorität Nummer fünf, ich beginne von hinten, wenn Sie gestatten.

Priorität Nummer 5 – ich habe das nur sehr flüchtig erwähnt. Das ist tatsächlich ein wunder Punkt. Er hängt direkt mit dem Thema Zusammenhalt der EU zusammen. Welche Strategie ist die richtige, die man wählen soll? Wir sprechen das jetzt offen an, es geht um den Art. 7 und die Probleme, die es in Ungarn und in Polen gibt. Das kann aber auch künftig in anderen Ländern auch passieren. Das ist ein dünnes Eis, und wir sind der Meinung als Ratspräsidentschaftsland, dass man hier besonders als ehrlicher Makler, als Honest broker, mit der Sache umgehen soll. Man soll nicht der Richter sein oder der Polizist, aber man sollte auch die Augen nicht verschließen.

Wie Sie wissen, wir sind langfristig Mitglieder einer V4-Kooperation der Višegrader Gruppe. Dort läuft es im Moment nicht so toll, das muss man auch ehrlich sagen. Wir wollen aber trotzdem diese Kooperation nicht auflösen, weil es uns wichtig ist, im Dialog zu bleiben. Von Anfang an war es notwendig, diese Kooperation pragmatisch anzugehen. Was die EU angeht, würde ich sagen: Es ist im Moment so, dass es tatsächlich Ungarn passiert ist, dass bestimmte Gelder von diesem großen Paket vorenthalten werden, weil es keine Fortschritte gibt.

Die Kommissarin aus Tschechien, Frau Jourová, betreut dieses Gebiet. Sie hat klar gesagt: Wir haben bisher schön auf dem Papier gesehen, was die Regierung vorschlägt, aber wir sehen zu wenig Erfolge in der Realität. Die Umsetzung ist ungenügend, und da muss man mehr machen. Wie man das aber erzielt, wie man verhindert, dass zum Beispiel bestimmte Leader – ich wage es nicht, Autokraten zu sagen – das nicht in eine Zeigefinger-Kampagne verwandeln, darauf habe ich keine Antwort. Deswegen bin ich der Meinung, man muss diesen kritischen Dialog weiterführen, damit das nicht zum Ausschluss führt.

Ich kann nur eins konstatieren: Es gibt keine Journalisten hier, wir sind unter uns. Wir waren ziemlich sauer, als am 6. Oktober 2022 nach dieser großen Konferenz auf der Prager Burg, nach dem ersten Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft der

43 Staats- und Regierungschefs Europas der ungarische Außenminister direkt zum Kreml geflogen ist. Das war schon ein bisschen bizarr, fand ich. Man muss geduldig bei diesem Thema bleiben, man muss daran weiter arbeiten.

Zu dem Thema Migration, Balkanroute, welche Vorschläge? Das ist auch ein breites Feld. Wir sind tatsächlich Befürworter der engen Zusammenarbeit mit den Balkanländern. Wir sind der Meinung, dass man das Visa-Regime harmonisieren muss. Es ist der richtige Weg, daran zu arbeiten. Am 6. Dezember 2022 findet in Tirana ein EU-Westbalkan-Länder-Treffen statt. Wir wissen schon, das ist die aktuelle Nachricht von gestern, das Serbien dem Treffen fern bleiben wird. Die wollen nicht dabei sein. Vermutlich hängt das mit der Visa-Liberalisierung für den Kosovo zusammen. Aber gut, wir bleiben am Ball.

Welche Vorschläge, ja – Sie haben auch einen wunden Punkt angesprochen. Wir haben tatsächlich als Land – jetzt spreche ich nicht über die Ratspräsidentschaft –, Tschechien hat aktuell standardmäßig gute Beziehungen mit der Slowakei. Aber im Moment hakt es ein bisschen an dem Thema der Grenzkontrollen. Solange dieser Fluss von illegalen Migranten aus der Slowakei droht, so hoch zu bleiben – das ist die Meinung meiner Regierung –, müssen wir an den Grenzkontrollen festhalten. Das sind intelligente Kontrollen. Da wird nicht jeder angehalten, damit wir die Transportwege nicht ganz lahmlegen. Aus der Perspektive eines vereinten Europas und des Binnenmarktes ist es natürlich bizarr, wenn man die Grenzen kontrolliert. Aber es ist auch richtig, wenn man sagt. Anders kann man das nicht steuern in bestimmten Krisenmomenten. Aber unseren slowakischen Kollegen ist das natürlich nicht recht.

Schutz der kritischen Infrastruktur und Cybersicherheit – das war Ihr Thema, aber auch das Thema von Herrn Neumann. Ich bin keine Spezialistin auf dem Gebiet. Das Thema der Cybersicherheit ist auch ein sehr komplexes Thema, wie man sieht. Aber man hat nicht nur in den einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern auch auf der EU-Ebene, aber auch auf der Ebene unserer Kooperation mit den transatlantischen Partnern im Rahmen der NATO gemerkt, da muss man stärker zusammenarbeiten. Wir haben rechtzeitig auch auf der nationalen Ebene Institutionen eingerichtet, die sich dem Thema widmen und auch mit dem europäischen Zentrum in Helsinki zusammenarbeiten. Es geht auch um den Schutz der kritischen Infrastruktur, zum Beispiel das Thema der 5G-Korridore. Da werden die Chinesen ausgeschlossen.

Sie wissen, wir haben zwei Atomkraftwerke. Das ist auch schon ein Übergang zu den Fragen nach dem Energiemix, wenn ich das richtig sehe. Da war die Frage von Frau Plonsker. Wir haben dann natürlich im Sinne der Sicherheit der empfindlichen Infrastruktur, der kritischen Infrastruktur entschieden, dass wir bestimmte Anbieter, noch vor der Aggression vom 25. Februar, ausschließen. Das bezieht sich auf Russland, aber auch auf Chinesen, die auch Interesse an bestimmten Lieferungen hatten.

Zu der Energie, wie wir, wie man das in Tschechien sieht. Ich sage Ihnen, dass wir sehr darauf beharren, dass jeder Mitgliedstaat laut EU-Reglementierung ein Anrecht auf eigenen energetischen Mix hat. Bei uns sieht das zurzeit so aus, dass die Atomkraft zu 37 % die Produktion der Elektrizität abdeckt.

Kohle, sie haben recht, das ist ein gewaltiger Anteil von etwa 41 % in diesem Jahr, Gas 10 % an der dritten Stelle und eine Mischung von erneuerbaren Energien, wobei die Solarenergie den größten Teil dieses insgesamt leider nur 10%-igen Kuchens hat. Insgesamt würde ich sagen, dass für mein Land Folgendes gilt: Es hat schon ein bisschen gedauert und wir sind noch ganz am Anfang mit dieser Aufklärungsarbeit, bis dass die tschechische Öffentlichkeit, aber auch die Repräsentanten von unterschiedlichen politischen Gruppierungen eingesehen hatten, dass der Green Deal oder Fit-for-55 nicht die Ursache der Probleme sind, sondern Bestandteil der Lösung sind. Es ist auch ein Beitrag einer Ratspräsidentschaft, dass man sich verantwortlich fühlt, dass man sich viel stärker – das macht sich auch an den Meinungsumfragen der Tschechen bemerkbar – mit der europäischen Idee, mit der Einigung identifiziert. Und das ist auch etwas, was wir sehr brauchen.

Welche Gemeinsamkeiten sehe ich bei dem Thema NRW – Tschechien in meiner Zeit hier? Wir sind ein minimales Amt, also sehr klein, aber trotzdem haben sich für mich ein paar Themen herausgestellt, zu denen ich sagen kann, daran könnten beide Seiten aneinander Interesse finden im Sinne der Spezialisierung und quasi einer Möglichkeit, eine Nische anzubieten, wo die anderen vielleicht nicht die Innovationen haben. Da habe ich den Eindruck, dass es bei NRW auf jeden Fall auf dem Gebiet der Energie und der Innovationen ist. Das Thema des Wasserstoffs ist etwas, was uns sehr interessiert. Es entstehen bei uns auch interessante Projekte. Und ich habe vor, das künftig stärker mit der Staatskanzlei zu besprechen, ob es Interesse gibt, auf dem Gebiet der Cybersecurity etwas gemeinsam zu machen.

Das sind so Themen, die wir auf dem Schirm haben. Wir denken, wir haben da auch einiges anzubieten. Es wurde richtig gesagt, dass die Struktur unserer Wirtschaft sehr offen ist. Wir sind vom Export abhängig. 80 % des BIP wird durch Außenhandel erwirtschaftet. Und unsere Deutschlandlastigkeit liegt beim Außenhandel. Hier sollte man Win-Win-Situationen suchen. Ich bin sicher, dass wir diese bestimmt finden.

Pandemie, kann man die abhaken oder nicht? Ich glaube, wir alle kennen die Antwort, man kann die nicht ganz abhaken. Die Tatsache, dass ich das Thema nicht groß erwähnt habe, ist der Tatsache geschuldet, dass wir zu wenig Zeit haben. Aber mittlerweile entwickelt sich die Lage so:

Erstens: Wir haben alle als Einzelperson oder auch unser Außenministerium, der Staat, die EU gesehen, dass man Pandemien auch künftig unter die großen Risiken einstufen muss und dass man sich rechtzeitig im Voraus Präventivmaßnahmen, prophylaktische Maßnahmen einfallen lassen muss, um zu wissen, wie man rechtzeitig handelt.

Ich war vor meinem Posten hier in München. Diese gegenseitige, schlagartige Schließung von Grenzen – zuerst wir den Deutschen und dann die Deutschen uns – haben wir uns wirklich gegenseitig angetan. Es war ein Albtraum für mich als Generalkonsulin, dass man so etwas in Europa erlebt mit dieser dichten Verflechtung unserer Wirtschaften, aber auch Gesellschaften, Stichwort Pendler etc.. Man muss wirklich gemeinsam handeln, auch in solchen Fragen. Das ist, glaube ich, die grundsätzliche Lehre. Mittlerweile hat man aber den Eindruck, dass man COVID-19 langsam in die üblichen Respirationserkrankungen in Richtung Influenza einreicht.

Brexit, wie sehen das die Tschechen? Brexit, wir waren natürlich unglücklich darüber, dass unsere britischen Kollegen sich so entschieden haben. Ich persönlich habe an dem Tag, als ich aufwachte, gedacht, dass mein Mann sich lustig machte, als er sagte, wie dieses Referendum ausging. Eine Sache ist daran positiv: Man hat jedem ganz deutlich gemacht, was solch ein Brexit bedeutet, welche Auswirkungen es für das alltägliche Leben der Menschen hat, die früher an einen Binnenmarkt gewöhnt waren. Das ist auch eine Warnung, glaube ich, an bestimmte Stimmen, die dann billiges EU-Bashing betreiben. Also Vorsicht!

Ich habe dann viele weitere Fragen, die ich noch nicht beantwortet habe. Eine ganz schwierige Frage zum Beispiel: Wie soll man die Demokratie schützen, auch im Zusammenhang mit der Cybersicherheit, aber auch im Zusammenhang mit der Verletzlichkeit der demokratischen Systeme? Ich selbst bin schon sehr lange an der deutschen Europapolitik, Außenpolitik interessiert. Und für mich war immer die Antwort: Deutschland hat – wahrscheinlich nicht am Anfang ganz gewollt, aber das wurde eben so arrangiert – ein robustes System der politischen Bildung aufgebaut.

Wir haben nach der Wende davon profitiert, weil sehr viele deutsche Stiftungen bei uns tätig waren, viel gute Arbeit gemacht haben, auch im Sinne der Annäherung an die EU. Aber irgendwie hat man damals gedacht, dass eine offizielle Position, das ist meine Meinung: Nach der Wende ist es jetzt das Ende der Geschichte, Fukuyama-These. Die liberale Demokratie hat gewonnen. Wir können uns alle freuen, das wird jetzt alles gut laufen. Und man hat wahrscheinlich dieses Thema der politischen Bildung für eine Geldverschwendung gehalten. Und das war falsch. Wir müssen da mehr machen, damit Leute in der Lage sind, über Informationen, die ihnen geliefert werden, nachzudenken und sie selbst auszuwerten.

Prioritäten der nächsten Ratspräsidentschaft: Ich habe schon ein internes Material der schwedischen Präsidentschaft gesehen, aber ich muss gestehen, das war noch kurz vor der Bildung der neuen Regierung. Da gibt es große innenpolitische Veränderungen. Aber mein Eindruck war, dass Schweden an dem Ball der Rechtsstaatlichkeit bleibt. Für die wird es wahrscheinlich sehr wichtiges Thema sein. Und da würde ich mich an der Stelle als diejenigen, die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Medieneigentum und Finanzierung von politischen Parteien haben, warm anziehen für die nächste Präsidentschaft.

Ich habe noch eine Frage von Ihnen, Frau Aymaz, bekommen. Diese Frage ist für mich sehr schwierig zu beantworten. Es geht um die Türkei. Was soll machen, um diese Solidarität aufrechtzuerhalten? Wie geht es weiter mit dem Deal usw.? Wir haben hier eine gemeinsame monetäre Antwort. Ich glaube, wir haben nur insofern eine Antwort, dass wir mühsam nach dem europäischen Asylrecht streben müssen. Das ist aber noch ein langer Weg bis dahin.

Ich glaube, diese Komplexität besteht auch darin, wir wissen zum Beispiel, was es bedeutet, wenn wir den Klimawandel nicht unter Kontrolle bekommen, was das für künftige Migrationsdrücke für uns bedeutet. Wenn dann unsere Gesellschaften überschwemmt werden von Fremden – wenn ich das so sagen darf –, dann, glaube ich, wird die Solidarität eine große Herausforderung sein. Wir müssen – das ist mittlerweile, glaube ich, so der Tenor nicht nur in meinem Land – eine vernünftige Balance finden,

damit die Solidarität mit den Geflüchteten nicht den Zusammenhalt der Gesellschaften an die Grenzen bringt. Ich bin sicher, dass unsere Gesellschaften noch Luft nach oben haben, wenn es um Integration geht. Unsere Repräsentanz hat sich sehr gegen die Immigration aus Afrika, aus Syrien zum Beispiel gewehrt, vor allem dadurch, dass mein Land keine große Erfahrung mit muslimischer Bevölkerung hat.

Wir haben relativ einfach und großzügig viele Ukrainer aufgenommen. Wir haben mit denen Erfahrungen. Wir hatten schon bei uns eine große Minderheit von Ukrainern. Die Baubranche zum Beispiel: Was wäre das ohne Ukrainer bei uns? Wir haben genauso große Probleme mit den Fachkräften wie Deutschland – die niedrigste Arbeitslosenquote überhaupt. Wir brauchen Leute. Da hatte die tschechische Gesellschaft keine Probleme, im Gegenteil. Ich habe keine Lösung parat. Aber ich kann auch sagen, auf diesem Gebiet der z. B. der Migration kann man überstimmt werden. Und dieses Thema hat in meinem Land im Jahre 2015, 2016 eine große Resonanz gefunden. Da hat sich plötzlich das Bild Deutschlands bei uns sehr verschlechtert und auch das der EU insgesamt, weil man dachte, es wird uns jetzt oktroyiert: Ihr müsst ein bestimmtes Kontingent von Migranten aufnehmen. Das für mich auch Überraschende war: Politische Parteien zum Beispiel Sozialdemokraten waren eindeutig dagegen, weil sie das einfach nicht verantworten konnten vor ihrem Publikum. Das war schon eine brisante Sache.

Schade, dass ich zum Schluss keine bessere Antwort habe auf die Fragen. Aber insgesamt habe ich den Eindruck, dass mein Land angesichts der kritischen Lage, der wir alle gemeinsam ausgesetzt sind, vor allem dank der Bürokraten, die so gerne beschimpft werden, und der Beamten das gut meistern wird, dass die richtige Balance zwischen dem notwendigen Anteil an Improvisation und einer professionellen guten Vorbereitung gefunden wird. Aber in meinem Land sagt man, dass das Selbstlob stinkt. Ich wollte nicht, dass das so endet. – Danke schön.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Das heißt in Deutschland übrigens auch so. Vielen Dank, ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Der Austausch war sehr informativ. Man hat gemerkt, wie viel Substanz dahinter ist. Sie sind auch wirklich sehr ernsthaft auf die Fragen eingegangen. Vielen Dank dafür. Ich glaube, wir haben Erkenntnisgewinn und haben noch einmal mehr verstanden, wie Ihr Land tickt und in welcher Situation wir gerade auf der europäischen Ebene sind. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Sie können weiter der Ausschusssitzung gerne beiwohnen. Wir haben aber vollstes Verständnis, wenn Sie auch weiterziehen und andere Termine haben.

Er begrüße nun den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien, den Chef der Staatskanzlei, Herrn Nathanael Liminski. Auch begrüße er als Zuschauer eine Besuchergruppe von Engagement Global, eine Gruppe aus Nicaragua und Honduras. Er heiße sie herzlich willkommen.

## 2 Die Netzwerkstelle Städtepartnerschaften – Bestandsaufnahme, Rahmenbedingungen, Perspektiven (PowerPoint-Präsentation s. Anlage 2)

Gespräch mit Herrn Wolfram Kuschke, Staatsminister a. D.,  
Vorsitzender des Kuratoriums der Auslandsgesellschaft.de

Information 18/36

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** begrüßt Frau Brockmann und Herrn Kuschke, die der Einladung gefolgt seien. Der Ausschuss würde es begrüßen, wenn Herr Kuschke die Arbeitsschwerpunkte, das Wirken darstellen und einen Ausblick geben könnte, wie die Zukunft aussehen könnte.

**Staatsminister a. D. Wolfram Kuschke (Vorsitzender des Kuratoriums der Auslandsgesellschaft.de)** trägt mithilfe einer PowerPoint-Präsentation (s. Anlage 2) vor:

Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir freuen uns sehr über die Einladung und die Gelegenheit, das zu tun, was Sie angekündigt haben, nämlich Ihnen in die Netzwerkstelle, die teilweise hier bei Ihnen bekannt ist, noch etwas näherzubringen. Neben der Dokumentation, die bereits vom Vorsitzenden angesprochen wurde, haben wir eine kleine Präsentation vorbereitet, die sicherlich auch funktionieren wird.

Sie werden auf dem ersten Chart noch einmal sehen, was der Hintergrund dafür ist, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, so eine Netzwerkstelle zu installieren. Das ist vor dem Hintergrund der Arbeit, die wir in der Auslandsgesellschaft seit über 70 Jahren machen, Frieden und Völkerverständigung. Das sind die beiden großen Aussagen und Ziele gewesen, die die Väter dieses Projektes damals in Dortmund und der Region verankert haben.

Uns war immer klar, dass wir an der Einrichtung Auslandsgesellschaft festhalten wollten, die ehrenamtlich getragen wird. Wir haben nach wie vor fast 800 Mitglieder bei unserem Verein. Natürlich erfordert die Arbeit, die zunehmend auch spezieller geworden ist, hauptamtliche Arbeit, insbesondere wenn man daran denkt, dass wir einer der größten Anbieter von Sprachen über unsere Intercultural Academy sind, wo wir in fast 30 Sprachen unterrichten. In den Jahren 2015 und 2016, das steigt allmählich wieder, hatten wir täglich bis zu 500 Studierende bei uns gehabt in der Auslandsgesellschaft, und zwar Studierende aus allen gesellschaftlichen Bereichen, also von demjenigen, der geflüchtet ist, bis übrigens auch zu dem, der gerade frisch bei Borussia Dortmund angefangen hat. Das macht die Bandbreite dort auch deutlich.

Ich will, wenn ich darf, etwas aufgreifen, was die Generalkonsulin gerade gesagt hat und was mir sehr gefallen hat. Sie werden sehen, wenn das klappt auf dem zweiten Chart, dass wir sehr stark an das Thema politische Bildung andocken. Ich glaube in der Tat, dass Städtepartnerschaften auch ein Instrument politischer Bildung sind. Wir überlegen im Augenblick sehr stark: Was sind neue Formate, Instrumente, wie kann man Menschen, gerade auch Jugendliche erreichen? Und da sind sicherlich Begegnung, Austausch über Jugendcamps und vieles andere mehr ein ganz wichtiger

Aspekt, den man im Auge behalten sollte. Ich glaube, dass Städtepartnerschaften und das, was sich über – ein neues Stichwort – „kommunale Außenpolitik“ entwickelt und was ergänzend zu den unterschiedlichen Ebenen europäischer und internationaler Politik hinzu tritt, auch etwas ist, was sehr gut angedockt an die Arbeit im Bereich von Städtepartnerschaften, neudeutsch bezeichnen wir es ja mit Urban Diplomacy. Da ist vieles noch etwas vage und muss ausgefüllt werden. Aber ich glaube, dass es sich lohnt, weiterhin zu überlegen, welchen Stellenwert kommunale Außenpolitik auch haben kann.

Wir haben – das wäre dann der dritte Chart – Ende der 90er-Jahre zusammen gesessen, Mitarbeiter aus dem Medienbereich, Abgeordnete und Wissenschaftler, und haben überlegt, was einen Beitrag zur europäischen Integration und Entwicklung leisten könnte. Es gab ein Stichwort, das sich aus dieser Diskussion heraus entwickelte, und das hieß Städtepartnerschaften. Nun waren eine Reihe derjenigen, die sich mit diesem Thema beschäftigten, Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler. Herr Prof. Pinkwart, Sie wissen, was man als Erstes macht, wenn man sich einer solchen Frage widmet: Man macht eine Untersuchung. Das haben wir damals auch getan als Auslandsgesellschaft 2009 und 2010, eine Erhebung des Status von Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen. Das ist bislang die einzige Erhebung, die es in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen gibt, aber auch in Deutschland. Ich füge in Klammern hinzu: Wir überlegen jetzt gerade, dass wir eine anschließende Untersuchung machen, um dann auch mitzubekommen, was sich an Entwicklungen getan hat, denn es hat sich ja was an Entwicklungen getan.

Ergebnis dieser Untersuchung war, wie das oftmals bei solchen Untersuchungen der Fall ist, ein klares und eindeutiges Nein. Und das ließ sich so aufdröseln, wenn ich das mal so formulieren darf, dass gesagt wurde: Viele Städte sind zunehmend skeptisch gegenüber der Anstrengung, auf den Ortseingangsschildern noch die zehnte und elfte Stadt zu haben, eine formale Städtepartnerschaft einzugehen, die auch übrigens nur formal wieder durch Ratsbeschluss gekündigt werden kann. Aber weitaus interessanter sind Partnerschaften, die sich auf konkrete Themen und Projekte beziehen und erstrecken. Das ist eigentlich der Ansatzpunkt gewesen, auf dem wir dann auch weitergearbeitet haben. Mit hinzugekommen ist eine Erfahrung, die charakteristisch ist für dieses große vielfältige Land Nordrhein-Westfalen.

Sie können in die kleinste Gemeinde, in die kleinste Stadt gehen und nach internationalen Aktivitäten, Erscheinungen suchen: Etwas finden Sie, nämlich Partnerschaften – Schulpartnerschaften, Partnerschaften von Vereinen oder auch die Partnerschaft, die die Stadt selbst mit anderen Städten unterhält, also auch das noch mal ein klarer Hinweis darauf, wie wichtig es ist, sich mit diesem Thema zu befassen. Wir haben uns im Laufe dieser zehn Jahre auch auseinandergesetzt: Was müssen wir den Städten und Gemeinden an die Hand geben, die zum ersten Mal mit dem Thema Städtepartnerschaften befasst sind? Köln, Düsseldorf und Dortmund haben große Stabstellen. Aber wie sieht das mit den kleinen und mittleren Städten aus? Wir haben dann eine Broschüre entwickelt „Städtepartnerschaften entwickeln, leben, ausbauen und finanzieren“ – ein bisschen nach dem Motto: Wenn der Verwaltungsangestellte das in die Hand bekommt, hat er dann sozusagen auch ein Vademecum, um in Richtung

Städtepartnerschaften zu gehen. Wir sind jetzt gerade dabei, auch auf Bitte der Staatskanzlei, das zu überarbeiten und auf den neuesten Stand zu bringen.

Es war von Anfang an unserer Aktivitäten und Bemühungen klar, dass eine Einrichtung, eine Stelle, die diese Aktivitäten zusammenführt, unsere Vision war. Das lief lange Zeit unter der Überschrift „Geschäftsstelle Städtepartnerschaften“. Dann sind wir in der gemeinsamen Diskussion schlauer geworden und haben es Netzwerkstelle genannt und sind dann im Jahre 2020 in eine Lage versetzt worden, uns mit einem kleinen Vorlauf mit dem Themenfeld „NRW – britische Städtepartnerschaften“ auseinanderzusetzen. Das Stichwort „Brexit“ spielte gerade eine Rolle. Wir sind dann 2021 eingestiegen. Es läuft noch bis Ende des Jahres 2022, die Netzwerkstelle insgesamt auf den Weg zu bringen – also nicht nur mit dem Themenfeld „NRW – britische Städtepartnerschaften“, sondern darüber hinausgehend.

Das ist etwas, was massiv durch die Staatskanzlei gefördert worden ist, wobei ich an der Stelle auch hinzufügen will, dass wir eine sehr gute, faire und auch respektvolle Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei gehabt haben. Das gilt insbesondere auch für die – ich darf das heute auch so sagen – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute hier im Raum sind. Wir haben dann überlegt, wie können wir diesen Wechsel von dem kleinen Themenfeld britische Städtepartnerschaften auf das große Feld vornehmen? Wir haben das getan anhand von Themen, die wir überlegt haben, die sind teilweise heute hier schon gefallen – Migration und Integration, aber auch insbesondere Digitalisierung, Jugend, Bildung und Nachhaltigkeit. Wir haben versucht, das auch mit Regionen zu verbinden. Da hat auch das Thema „Westbalkan“ eine große Rolle gespielt, was auch weiterhin in unseren Überlegungen einen sehr hohen Stellenwert einnimmt.

Wir haben im Sommer, wenn ich mich recht erinnere, auch intensive Kontakte und Beziehungen zwischen Landesregierung, Regionalverband Ruhrgebiet und der Region Greater Manchester gehabt. Wir haben parallel Partnerschaften im Raum Greater Manchester entwickelt und sind sehr schnell fündig geworden, gerade in dem sehr schwierig zu erschließenden Bereich von Schulpartnerschaften. Das hat uns darin noch einmal darin bestätigt, dass wir auf dem richtigen Wege sind.

Ausschlaggebend war, dass beides uns in die Lage versetzen soll, Netzwerke, die vorhanden sind, weiter auszubilden und neue Netzwerke auch zu erschließen. Was die Arbeit, die konkrete Arbeit der Netzwerkstelle dann anbelangt, da sind wir zu neuen Formaten und Veranstaltungsformen, digitalen Veranstaltungsreihen gekommen. Das hing natürlich sehr stark zusammen, wenn ich die Daten 2020 bis 2022 genannt habe, dann sind wir wieder beim Stichwort Pandemie, die uns auf den Weg der Digitalisierung gebracht hat. Es ist vielleicht das einzig Positive, was man dieser Pandemie abgewinnen kann, dass das in der Tat einen erheblichen Schub mit sich gebracht hat, übrigens für die politische Bildung insgesamt.

Wir haben eine Reihe „Forum Städtepartnerschaften NRW“ entwickelt. Wir führen weiter fort eine Biennale „Tag der Städtepartnerschaften“, wo 140, 150 Menschen aus den Städten, aus den Partnerschaftsvereinen zu einem bestimmten Themenbereich zusammenkommen und das intensiv diskutieren. Wir haben einen vierteljährlichen Newsletter, den wir herausgeben, einen Förderleitfaden, die Ideenbörse für Best Practices, also eine ganze Menge, die dort auf den Weg gebracht worden ist.

Wir haben genau vor einer Woche eine Online-Veranstaltung, mit der deutschen Botschafterin in Kiew durchgeführt, mit der Generalkonsulin der Ukraine hier in Nordrhein-Westfalen. Aus technischen Gründen waren wir in der dummen Lage, dass wir Interessenten abweisen mussten, die wir nicht mehr aufnehmen konnten. Wir waren bei weit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Der Bericht ist eingestellt, es gibt einen Mitschnitt und auch einen Veranstaltungsbericht. Übrigens kamen zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen, ein Drittel bundesweit, was dazu geführt hat, dass in diesen Tagen die Berichterstattung mit uns im NDR, im Bayerischen Rundfunk und an anderer Stelle läuft, also ein Angebot, von dem wir glauben, dass das genau richtig auch dort installiert worden ist. Sie sehen dort die Menschen, die dort tätig sind – neben Frau Brockmann, Herr Dr. Pfundheller, Frau Becker in der Assistenz, Herr Fischer als ehemaliger Leiter einer großen Einrichtung der Erwachsenenbildung.

Zu einigen wesentlichen Erkenntnissen, die sich für uns ergeben haben: Wir glauben in der Tat, jede Städtepartnerschaft in Nordrhein-Westfalen ist ein Baustein der internationalen Beziehungen unseres Bundeslandes – und das nicht in Konkurrenz zum Engagement, den Aktivitäten der Landesregierung und anderer, sondern das ist eine Ergänzung, die da stattfindet. Wir glauben auch – das hat leider das Beispiel Ukraine wieder gezeigt –, dass es Möglichkeiten von Städtepartnerschaften gibt, Konflikte und Krisen aufzugreifen, ich will nicht sagen zu bewältigen, und damit umzugehen. Das hat sich in der Vergangenheit für Partnerschaften mit türkischen Städten herausgestellt. Das hat sich herausgestellt, wenn ich in Richtung Herrn Neumann sehe, der da ein ausgezeichnete Kenner ist, auch bei Städtepartnerschaften mit polnischen Kommunen, wo wir Möglichkeiten hatten, bestimmte Brücken dann doch gehen zu können.

Wo sind wir jetzt? Wir glauben und sagen das ganz selbstbewusst, dass wir neben dem RGRE und der SKEW die Einrichtung für Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen und bundesweit sind. Das heißt, nicht nur in Dortmund und der Region, sondern das ist eine Einrichtung, mit der das Land Nordrhein-Westfalen sich sehen lassen kann. Ich sage das auch ganz deutlich hier in Richtung des Parlamentes, auch voller Dank für die Unterstützung, die – Sie sind Haushaltsgesetzgeber – in der Vergangenheit auch geleistet worden ist. Ich habe das vorhin schon angedeutet mit dem Stichwort „Ukraine“. Wir, die wir jetzt über zehn Jahre in diesem Bereich tätig sind, haben noch nie eine solche Bewegung in Richtung Städtepartnerschaften erlebt wie heute.

Das ist ein Zuwachs, ein Wunsch nach Kontakten, an Partnerschaftsvereinen, an Aspekten, die dort deutlich werden, damit hätten wir vor einiger Zeit nicht gerechnet und nicht rechnen können. Wir sind jetzt in der Situation, dass wir das weiter fortsetzen, was dort als Grundlagenarbeit bezeichnet worden ist mit den Themen, die ich schon genannt habe, mit der allgemeinen Beratung und Begleitung. Wir wollen jetzt auch – das ist auch im Gespräch mit der Staatskanzlei so angedacht – ein Leitprojekt „Real-labor Kommunalen Aufbaupartnerschaften NRW – Ukraine“ angehen. Ein zweites Leitprojekt, das große Thema bei den Akteuren von Städtepartnerschaftsarbeit, betrifft die Frage, wer pflegt die Städtepartnerschaften nach uns? Was können dort Formate wie Kinder- und Jugendparlament u. a. bieten? Und wir gehen drittens das Thema „Sport“ als Einstiegstor zu Städtepartnerschaften an.

Nach der Erhebung, die ich vorhin angesprochen habe, haben wir eine dritte damals durchgeführt unter der Themenstellung: Was sind die herausragenden Bereiche, die in der Städtepartnerschaftsarbeit eine Rolle bilden? Wir hätten das fast auch ohne Untersuchung beantworten können. Das ist der große Bereich Bildung, es ist der Bereich Kultur, und es ist der Bereich Sport. Da ist eine ganze Menge noch zu erschließen sowohl auf der Ebene der Verbände, die dort tätig sind, aber natürlich auch auf der Ebene der vielen Sportvereine, die es vor Ort in den Städten und Gemeinden gibt, in denen sich der Sport auch abspielt.

Wir laden Sie herzlich ein, auch einmal zu uns nach Dortmund, in die Auslandsgesellschaft zu kommen, mit uns noch etwas tiefer in die Arbeit, die wir dort machen, einzusteigen. Zunächst aber herzlichen Dank für die Möglichkeit, das hier darzustellen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Kuschke! Das war sehr informativ und sehr kompakt.

Gibt es Wortmeldungen von Seiten der Ausschussmitglieder? In der Reihenfolge, erst Herr Klute für die SPD-Fraktion, Herr Tritschler für die AfD, Herr Prof. Dr. Pinkwart für die FDP und Frau Aymaz hatte sich noch gemeldet für die grüne Fraktion.

**Thorsten Klute (SPD):** Herzlichen Dank für den Bericht, eine Anmerkung dazu. Zunächst einmal teile ich die Einschätzung, dass die Auslandsgesellschaft im Bereich Städtepartnerschaften eine enorme Bedeutung hat und auf Ebene mit eben genannten Organisationen zu sehen ist. Es ist stark, wie sich das entwickelt hat.

Ich möchte auf einen Aspekt eingehen, der im Rahmen von Städtepartnerschaften oftmals am Rande betrachtet wird und eigentlich höher gewertet werden müsste. Er tauchte eben auch auf bei den Grundlagen der Aspekte der Integration. Ich habe schon als Bürgermeister die Erfahrung gemacht, dass neben dem, was eben kommunale Außenpolitik genannt wurde – das Grundgesetz sieht das eigentlich anders mit der Außenpolitik, aber bleiben wir mal heute bei dem Begriff –, neben dem, was auswärtige Beziehungen angeht, Städtepartnerschaften auch einen enormen Push in der lokalen Integrationspolitik geben können, nämlich dann, wenn man Städtepartnerschaften auch daran ausrichtet, welche eingewanderten Gruppen besonders stark in einer Stadt vertreten sind. Da gibt es dann Orte, da ist es egal, ob eine Stadt groß oder klein ist, da leben jahrzehntelang Menschen in der örtlichen Stadtgesellschaft hier in Deutschland, hier in Nordrhein-Westfalen eher so am Rand, tauchen in der Stadtöffentlichkeit gar nicht auf, spielen vielleicht Fußball, aber sind nur am Rand dabei.

Und dann schließt man eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt aus dem Land der besonders stark vertretenen, eingewanderten Gruppe ab, mit einer türkischen Stadt, mit einer serbischen Stadt. Bei mir war es damals eine polnische Stadt. Und wir haben dann gezielt geschaut: Was sind neben polnischen Staatsangehörigen die weiteren größten Einwanderergruppen? Es waren viele Serbinnen und Serben. Es waren Spanierinnen und Spanier, die in die Fleischwarenindustrie eingewandert sind.

Dann gründet man Städtepartnerschaften und merkt, es kommen Leute und engagieren sich plötzlich in der neuen örtlichen Stadtgesellschaft, in der man zum Teil seit

Jahrzehnten lebt, Leute, die man kaum in der Öffentlichkeit gesehen hat. Sie engagieren sich für diese Städtepartnerschaft und begreifen diese Stadt endlich auch als Stück eigenes. Diesen Aspekt stärker voranzustellen, dafür möchte ich sehr werben. Bei der Gelegenheit, weil eben Ukraine und der Run Off Städtepartnerschaften mit der Ukraine kam: Wie weit sind wir denn bei der angedachten Landespartnerschaft? Ich weiß, dass das in diesen Zeiten alles andere als einfach ist, das ist mir klar.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Als Nächster Herr Tritschler für die AfD-Fraktion.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank für den interessanten Vortrag. Ich habe zwei Nachfragen. Zum einen hatten Sie es kurz angerissen, Auswirkung der Coronakrise. Wie hat sich die Lage bei den Städtepartnerschaften insgesamt entwickelt? Sie hatten angesprochen, dass da verstärkt auf digitale Kommunikation gesetzt wird. Ich kann mir aber auch vorstellen, ich glaube die Erfahrung haben wir alle gemacht, dass das kein vollwertiger Ersatz für alle Formen der Zusammenarbeit ist.

Der zweite Punkt: Wie entwickelt sich die Zusammenarbeit, Thema Ukraine ist ja gerade schon angesprochen worden, mit den Staaten, zu den gerade keine guten Beziehungen bestehen? Hier in Düsseldorf sind schon Schilder abgehangen worden. Ist das ein flächendeckendes Phänomen? Wie wird damit umgegangen nach Ihrer Erfahrung?

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Als Nächstes für die FDP-Fraktion Prof. Dr. Pinkwart.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Lieber Herr Kuschke, ganz herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich glaube, dass Städtepartnerschaften wichtig sind, ist uns allen bewusst, wobei es immer wieder unterschiedliche Phasen gab, in denen Städtepartnerschaften für uns eine besondere Bedeutung hatten, haben und in Zukunft haben werden. Wir beobachten dabei auch – das gilt auch für Partnerschaftsabkommen, die wir auf Landesebene zum Beispiel mit Partnerregionen weltweit geschlossen haben –, ein MOU (Memorandum of Understanding) lässt sich schnell entwickeln und unterschreiben. Die Frage ist, was machen wir daraus?

Ich glaube, das ist auch ein Problem vieler Städtepartnerschaften, die von Persönlichkeiten mal mit guter Absicht gegründet worden und dann über die Zeit nicht mehr in der Weise weitergelebt wurden.

Die Frage, die sich mir jetzt stellt, ist die Vernetzung. Dass das jetzt hier von Ihnen professionalisiert wird, als nachhaltige Aufgabe wahrgenommen werden kann, das finde ich sehr gut, vielleicht noch mit einem Hinweis, den hat mir mal ein Botschafter eines großen Landes so mitgeteilt – ich nenne das Land bewusst nicht, weil er das sicherlich nicht unhöflich meinte –, aber er meinte beobachtet zu haben, dass es kein anderes Land auf der Erde gäbe wie die Bundesrepublik, dessen Oberbürgermeister und sonstigen politischen Vertretern ständig zu Besuch kämen. Sie kämen alle getrennt, und blieben von allen Gästen am längsten. Das sei sehr auffällig, man hätte sie sehr gern. Warum kommen die nicht mal gebündelt? Ich fand das ganz lustig.

Da können Sie Ihren Beitrag leisten, dass man jetzt sagt, Land A, Land B, Land C könnte ganz wichtig sein für gewisse Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Und da fährt nicht jeder Landrat, Oberbürgermeister separat hin, sondern es fahren mal 5 oder 6, wie viele auch immer, gemeinsam in einer Delegation, vielleicht auch begleitet durch Vertreter der Landesregierung oder wie auch immer, um einfach einen ganz andere Impact dann zu haben, eine ganz andere Durchschlagskraft vielleicht erzielen zu können. Ich will sagen, Sie können eine Bündelungsfunktion, Professionalisierungsfunktion haben, um dann bei Auslandsreisen, auch der Landesregierung vielleicht die Kommunen auch mal anders in Position zu bringen.

Das zweite Thema, wo Sie sich vernetzen könnten: Wir haben die Landesgesellschaft NRW.Global Business. Ich weiß noch sehr gut, dass es für uns immer wichtig war, wenn wir Ansiedlungen hier vornehmen wollten oder umgekehrt, Regionen in NRW vorschlagen wollten, dass Städtepartnerschaften auch für uns Anknüpfungspunkte bildeten. Da würde mich interessieren, wie Sie da mit NRW.Global Business zusammenarbeiten, was man dort auch noch intensivieren kann?

Drittes Netzwerk sind die Hochschulen, die haben Sie nicht genannt. Die haben auch ihre eigenen Partnerschaften. Die muss man hier auch nicht alle unter einem Dach bündeln, aber man kann sich vernetzen, auch mit diesem Netzwerk.

Und last, but not least, die Digitalisierung wird uns, glaube ich, noch einmal ganz andere Impulse geben. Ich stelle mir zum Beispiel Fremdsprachenunterricht in unseren Schulen in Zukunft so vor, dass man mit Partnerschulen in Spanien, in Portugal, in Frankreich oder in Tschechien zusammenarbeitet, um dann muttersprachlichen Unterricht zu teilen, also man besucht sich einmal, dann kennen sich die Kinder untereinander, und dann haben die ein Schuljahr lang die Fremdsprache mit Muttersprachlern zusammen. Das geht mit Glasfaser und all dem, was wir uns vornehmen, dann technisch auch. Das kann den Unterricht natürlich viel spannender, viel ertragreicher machen. Das bringt uns viel mehr, als nur einmal eine Klassenfahrt alle fünf Jahre irgendwohin zu unternehmen. Ich wollte nur einmal ansprechen, dass man versucht, sich auf der Bildungsseite zu vernetzen.

Vielleicht können wir mit Modellen beginnen, dass wir sagen: Hier und da ist das technisch machbar. Dann lernen wir daraus, dass es uns Freude macht, diese Sprachen auch besser lernen zu können, weil wir das teilen. Da kann man sich über soziale Netzwerke außerhalb des Unterrichts natürlich vernetzen. Da kommt bei jungen Leuten eine ganz andere Dynamik auf, als wir das in der Vergangenheit vielleicht haben leben können.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Ich wusste gar nicht dass man Instagram LIFE vielleicht auch für so etwas nutzen kann. – Frau Berivan Aymaz für die Grünen!

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Kuschke, für Ihren Vortrag. Ich finde, gerade als eine Abgeordnete aus einer Stadt, die mit 22 internationalen Städtepartnerschaften wirklich glänzt und an dem Thema auch stark interessiert ist, dass wir sehr wohl über eine kommunale Außenpolitik sprechen können angesichts der Tatsache,

dass Städtepartnerschaften gerade auch da eine sehr gute außenpolitische Rolle übernehmen können, wo es auf der großen Bühne auch manchmal aufgrund von Staatsraison nicht so gut funktioniert und da so eine Ersatzmöglichkeit oder eine ergänzende Möglichkeit besteht.

Dafür müssen aber die Voraussetzungen auch gegeben sein. Wir wissen, dass sich Städtepartnerschaften von ihrer Entstehungsgeschichte her bei uns zumindest an einer Annäherung der Menschen, Völkerverständigung orientieren, also als Voraussetzung auf eine aktive Zivilgesellschaft setzen. Aber wir haben leider oft auch die Situation angesichts zunehmenden autokratischen Strukturen weltweit, dass wir bei unseren Partnerschaftsstädten diese aktive Zivilgesellschaft nicht vorfinden können bzw. eine immer mehr kontrollierte, überwachte Zivilgesellschaft haben.

Köln hat eine Städtepartnerschaft mit Peking. Mich würde sehr interessieren, inwiefern – ich weiß, dass man diese Länder übrigens auch erweitern kann – genau diese Problematik bei Ihnen auf der Agenda steht. Nicht alle Länder haben zum Beispiel auch die Europäische Richtlinie der Kommunalen Selbstverwaltung unterzeichnet. Eines dieser Länder ist zum Beispiel die Türkei, mit der wir sehr viele Städtepartnerschaften in NRW haben, wo aber die kommunale Selbstverwaltung in der Form gar nicht wirklich umgesetzt wird oder existiert. Deshalb haben wir zum Beispiel Städte, in denen gewählte Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister einfach mal so abgesetzt worden sind und die jetzt zwangsverwaltet werden. Wie geht man mit solchen Kommunen um?

Kommunale Selbstverwaltung, Demokratie, demokratische Zivilgesellschaften, Menschenrechte – das war jetzt nicht unbedingt bei den Punkten, die Sie als Schwerpunkte aufgeführt haben. Ich fände es aber noch einmal wichtig, darauf einzugehen, weil genau diese Punkte entscheidend dafür sind, inwiefern, wie gut und ob überhaupt Städtepartnerschaften funktionieren.

Abschließend, wir haben ja eine neue Situation. Wir haben früher einmal gesagt, wenn wir Städtepartnerschaften eingehen, dann müssen dort stabile Strukturen, politische Verhältnisse existieren. Ich weiß, dass zahlreiche Städte im Verfahren zum Beispiel in Köln, aber auch woanders gesagt haben: Naja, in der Region ist die Situation nicht so stabil, Konfliktgebiete, muss man sich fernhalten. Heute sehen wir aber, dass wir genau eine andere Entwicklung haben mit der Ukraine zum Beispiel, dass wir sagen, genau mit den Gebieten wollen wir eine Partnerschaft aufbauen, weil gerade in Konfliktsituationen eine Partnerschaft so bedeutend ist.

Ich persönlich finde diese Entwicklung hervorragend, freue mich darüber sehr, aber weiß auch, dass damit große Herausforderungen verbunden sind, weil sie dahingehend auch noch einmal vielleicht konkret Beratung benötigen. Wie sieht da die Situation aus? Das würde mich auch noch einmal interessieren. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen Ergebnisse erzielt, dass diese Landesregierung einen Fokus darauf gelegt hat, Städtepartnerschaften zu unterstützen, zu stärken, zielgerichtet auch. Da wäre es natürlich auch wichtig zu wissen, welche Form von Unterstützung es geben kann. Ich hoffe, dass die Unterstützung aus mehr besteht als nur Fördermitteln. Welche Strukturen braucht es? Wie kann da auch eventuell ein Zusammenführen von

Ressourcen, von Inputs auch gewährleistet werden? Ich fände es noch einmal viel spannender zu erfahren, was Sie sich da konkret vorstellen könnten.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank! Bevor sie antworten, Herr Kuschke. Kollegin Blask von der SPD-Fraktion hat sich auch noch zu Wort gemeldet. Sie würde ich gern noch mitnehmen. Dann haben Sie die Möglichkeit zu antworten.

**Inge Blask (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Engstfeld! Herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind. Ich hätte gerne einfach noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass die Arbeit der Auslandsgesellschaft, gerade in diesem Bereich der Städtepartnerschaften, ganz wichtig ist. Mir war nicht ganz deutlich, wie dieser Städtepartnercheck an der Stelle läuft und welche Erfahrungen Sie gemacht haben. Ich habe gerade gelesen, in Lünen und Waltrop haben Sie diesen Check gemacht. Was hat sich danach verändert? Können Sie das auch für weitere Städte empfehlen? Was bieten Sie da an der Stelle bei diesem Städtepartnercheck an?

Den letzten Punkt, den ich noch erwähnen möchte. Es ist gerade auch über digitale Formate gesprochen worden. Ich selber war mit der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich in der letzten Legislaturperiode zur Vertragsunterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages in Berlin gewesen. Wir haben dann auch von dem deutsch-französischen Bürgerfonds gehört. Ich habe gedacht, das ist eine wunderbare Sache, da könnte man im Rahmen der Pandemie vielleicht ein paar digitale Projekte umsetzen, wenn wir uns schon nicht persönlich treffen können. Aber leider sind solche digitalen Formate nicht förderfähig. Das heißt also, man sollte auch bei solchen Förderfonds darüber nachdenken, dass es digitale Möglichkeiten gibt.

Abschließend vielleicht noch die Frage zum Reallabor NRW-Ukraine. Ist das eng verknüpft mit unserer Regionalpartnerschaft? Ist das da eingebunden? Das wäre die letzte Frage, danke.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Sie erleben auch hier bei dieser Debatte einen lebendigen Ausschuss, der sehr neugierig ist, viele Fragen gestellt hat. Bitte schön!

**Staatsminister a. D. Wolfram Kuschke (Vorsitzender des Kuratoriums der Auslandsgesellschaft.de):** Ja, in der Tat, was uns sehr freut, ist das Angebot, dass wir das angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bei anderer Gelegenheit vertiefen. Herr Klute hatte völlig zu Recht die Bedeutung von Städtepartnerschaften für die Integrationen vor Ort angesprochen. Wir haben das dankenswerterweise anhand eines Projektes, das durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert worden ist, am Beispiel der türkischen Migration darstellen können.

Wir stellen jetzt fest, bei dem Aufgabenbereich Westbalkanstaaten, Albanien und Nordmazedonien wäre überhaupt nichts machbar, wenn wir nicht an erster Stelle auf diejenigen zurückgreifen würden, die bei uns leben, die aus Albanien, aus Nordmazedonien und aus welchen Städten gekommen sind. Das ist auch nach Aussage der Diplomatie, der Generalkonsulin dort und des Generalkonsuls, der Weg, den wir beschreiten

sollen. Auch die IHKs können in den Westbalkanstaaten noch nicht oder nicht in jedem Staat eine Einrichtung installieren, sondern greifen eben auch auf dieses Instrument zurück, also ein ganz wichtiges Instrument der lokalen Integration.

Sie finden in der Broschüre auch einen Beitrag dazu, wie wir im Bereich Deutsch-Türkisch versucht haben, Partnerschaften auf den Weg zu bringen.

Herr Tritschler hat das Thema „Corona, Digitalisierung“ angesprochen, gerade auch noch einmal Frau Blask, um mit dem letzten zu beginnen: Wir würden immer dafür plädieren, das bei Förderzugängen, Förderinstrumenten mit dabei zu haben. Es ist schlichtweg eine Erfahrung, die gemacht worden ist, dass das manches auch sehr erleichtert, was aber nicht – da komme ich auf Herrn Tritschler zurück – die persönliche Begegnung überflüssig macht. Ich denke, in jeder Altersgruppe, aber insbesondere bei Jugendlichen ist ein Camp, das gemeinsam verbracht wird, mit Sprache, mit Bewegung mit Musik natürlich nicht durch digitale Formen zu ersetzen. Das muss man leider auch so sehen.

Schwierige Partnerschaften, ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Eine mittelgroße Stadt in Nordrhein-Westfalen, lassen wir den Namen außen vor, hat eine Partnerschaft mit einer polnischen Stadt. Wir hatten gerade, das war vor etwas mehr als einem Jahr, diese riesige Welle von Homophobie. Das macht sich auch anscheinend bemerkbar bei Äußerungen von Repräsentanten der polnischen Partnerstadt. Daraufhin beschließt der deutsche, der nordrhein-westfälische Bürgermeister jetzt nicht, das muss gekappt werden, aber dass es zum Stillstand kommt.

Dann passiert etwas ganz Interessantes. Es meldet sich der polnische Bürgermeister und kündigt sich mit einer Delegation an. Gott sei Dank!, greift die deutsche Stadt das auch auf. Dann stellt sich heraus, diese angeblichen homophoben Äußerungen sind gar nicht von Repräsentanten der Stadt geäußert worden, sondern die sind zentral, jetzt komme ich an dem Namen der Partei nicht vorbei, über PiS-Stellungnahmen gelaufen. Wenn man da jetzt nicht differenzierter herangegangen wäre, dann hätte man sich dieser Chance beraubt, die es dort gibt, auch in solchen Situationen doch ein Stück weit aufeinander zuzugehen. Das ist das Eine.

Ich sage Ihnen aber auch ganz eindeutig, ich mache das am Beispiel von Dortmund deutlich, Partnerstadt Rostow am Don. Da haben Sie derart unsägliche, unerträgliche Äußerungen, da geht das nicht anders als zu sagen: In der jetzigen Situation – wir schauen mal, wie weit das anhält – ist nichts machbar. Da muss sich dann wirklich etwas Grundsätzliches tun. Aber Städtepartnerschaften sind etwas, was man als Instrument auf jeden Fall prüfen muss.

Herr Prof. Pinkwart, ja, das ist eine schöne Vorstellung, diese Reisegesellschaft mit dem Bus für den Oberbürgermeister und Bürgermeister. Ich habe da kein Patentrezept, aber es gibt ein paar Ansätze, die man machen kann.

Ich nehme auch wieder das Stichwort Ukraine. Eine Stadt hat ja mehrere Partnerschaften. Sie hat jetzt möglicherweise eine Partnerschaft mit einer polnischen Stadt, mit einer französischen Stadt, und schon sind Sie beim Weimarer Dreieck, Kleines und Großes Weimarer Dreieck. Sie können das natürlich auch ausdehnen auf andere Städte. Teilweise passiert es. Man könnte es in der Tat konzentrieren und auch

bündeln. Es wäre vielleicht auch für uns ein Aspekt, wo wir sagen, das haben Sie auch vorgeschlagen: Wie können wir dem auch noch einmal nachhelfen und das auch unterstützen, dass in der Richtung mehr passiert?

Hochschulen, haben wir vor Augen. Ich war jetzt vor Kurzem befasst mit Aurora, dem europäischen Universitätsnetzwerk, zu dem jetzt die Universität Münster beigetreten ist. Ich glaube, in den nächsten Tagen ist in Brüssel auch die Vertragsunterzeichnung. Das ist etwas, was wir auf dem Schirm haben.

Global Business – das räume ich jetzt freimütig ein – haben wir bisher noch nicht so beackert. Das würde ich aber gerne noch einmal mitnehmen, weil auch das Netz vor Ort da eine ganz wichtige Rolle spielen könnte.

Digitalisierung, wir hatten vorhin schon die Gelegenheit, darüber zu sprechen. Wir versuchen immer noch, ein Projekt zu platzieren unter der Überschrift „Europäisches Talentnetzwerk“. Welche Möglichkeit haben wir, junge Menschen hier zu halten, aber trotzdem dafür zu sorgen, dass es europäische und internationale Erfahrung gibt? Wir haben vor Kurzem in der IHK Dortmund ein Projekt vorgestellt, in dem Schülerinnen und Schüler Verstärker gebaut haben. Sie haben ein Kontakt zu einer spanischen Schule. Es wird jetzt einen Austausch geben. Das ist etwas, wo man Aspekte miteinander verbinden kann, sehr stark natürlich auch über digitale Instrumente, von denen man früher gar nicht gedacht hätte, dass die jemals auch zu dem Thema Städtepartnerschaften gehören.

Frau Aymaz, Sie haben, das Thema Zivilgesellschaft angesprochen. Wir haben eine Überschrift für unser Team, das lautet: „Städtepartnerschaften und europäische Zivilgesellschaft“, weil wir das immer im Blick gehabt haben und im Augenblick auch in einer Situation sind, in der wir sagen – da stimmen wir Ihnen voll zu –: Die Zivilgesellschaft bekommt als Thema immer größeren Stellenwert. Da gibt es kein Allheilmittel, aber ich sehe einen Zusammenhang mit dem Thema kommunale Selbstverwaltung. Wir glauben, dass kommunale Selbstverwaltung so etwas wie ein europäischer Exportschlager ist, der auf zunehmend mehr und stärkeres Interesse stößt, Stichwort Ukraine. Der Reformprozess, der seit 2014 und 2015 dort läuft, beinhaltet ja gerade den Bereich kommunale Selbstverwaltung, sodass ich das als eine Möglichkeit sehen würde, dort zusammenzukommen.

Anderes Stichwort, das Sie genannt haben: „Städtepartnerschaften neuen Typs“, „Aufbau Ukraine“. Wir haben uns jetzt, ich selbst auch, daran erinnert, was eigentlich nach 1989, 1990 passiert ist. Wir haben damals ein Ziel-2-Programm gehabt, bei dem wir mit europäischen Mitteln Unterstützung geleistet haben. Ich nenne mal zwei Beispiele. Die Stadt Dortmund hat einer polnischen Stadt geholfen bei dem Thema „Aufarbeitung industrieller Altflächen“. Wer, wenn nicht das Ruhrgebiet, hat Erfahrung in diesem Bereich? Die Arbeiterwohlfahrt – jetzt komme ich auf das Stichwort Zivilgesellschaft – hat geholfen in Polen, Wohlfahrtsverbände auf den Weg zu bringen. Es gab ja keine Wohlfahrtsverbände, keine zivilgesellschaftlichen Strukturen. Es spricht vieles dafür, auch zu überlegen: Wie kann da die Verzahnung auch mit europäischen Instrumenten, natürlich auch mit europäischem Geld stärker intensiviert werden?

Frau Blask hat gefragt nach der Verknüpfung, regionaler Ansatz, und dem, was uns unter Reallabor vorschwebt. Wir haben uns verständigt mit der Staatskanzlei, dass wir das nicht als konkurrierende Dinge ansehen, sondern dass beide Wege gegangen werden sollen, wobei ich vom Grundsatz her glaube, dass regionale Partnerschaften auch noch einmal diesen Effekt beflügeln können, den Prof. Dr. Pinkwart genannt hat, nämlich Zusammenarbeit, Kooperation und vieles andere mehr. Insofern ist das allgemein ein Aspekt, der interessant ist.

Städtepartnerschaftschecks – Sie haben die Städte genannt, Hamm beispielsweise gehört auch dazu. Wir bieten allen an, eine Bestandsaufnahme zu machen: Was gibt es, was gibt es auch in der Zivilgesellschaft? Welche Ansatzpunkte kann man aufgreifen für ein Werkstattgespräch, um zu überlegen, was sind die Schwerpunkte? Wir machen dann einen Vorschlag für den Rat und die Verwaltung. In Hamm wird im Frühjahr diskutiert werden, ob das so okay ist, ob das hilfreich ist, was wir dort vorgelegt haben. Wir haben das Gefühl nach den Rückmeldungen, dass das durchaus etwas Interessantes und Spannendes ist. Es gehört ja auch zu einem Thema, dass es manchmal ganz gut ist, wenn man über den eigenen Tellerrand hinausblicken kann.

Das Stichwort „digitale Möglichkeiten“ hatte ich, glaube ich, erwähnt. Ich hoffe, dass ich auf alle Fragen, zumindest zum Teil habe eingehen können. Ansonsten ist es wirklich ein so attraktives Thema, das den Beteiligten auch Spaß macht und Freude bereitet, weil damit wirklich sehr viel an Begegnung und Kontakten verbunden ist.

Unser Ansatz war ein wissenschaftsorientierter, aber von einem frühen Zeitpunkt an immer verbunden mit der Anforderung Praxisorientierung. Praxisorientierung ist das, woran wir uns auch messen lassen. – Herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute mit Ihnen zu sprechen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Herzlichen Dank, Herr Kuschke, Frau Brockmann für den Besuch. Das war wirklich noch einmal ein guter Austausch. Es gab viele Informationen. Mittlerweile haben auch alle Ausschussmitglieder die PowerPoint-Präsentation in Papierform, sodass alle Informationen gesichert sind.

Ich habe auch noch eine Hausaufgabe mitgenommen, weil ich nämlich Aufsichtsratsmitglied bei NRW.Global Business bin. Dass es da eine Lücke gibt, wusste ich gar nicht. Ich werde mit Hand anlegen, dass diese Lücke noch einmal geschlossen wird. Das kann ich jetzt nur sagen. – Vielen Dank für den Besuch, danke für die Debatte. Gibt es noch eine Wortmeldung?

**Inge Blask (SPD):** Herr Minister, könnten Sie bitte noch einmal darlegen, wie der Stand der Dinge in Sachen Regionalpartnerschaften mit der Ukraine ist.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Die Landesregierung meldet sich zu Wort. – Herr Minister, bitte.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM):** Wir sind in der Identifikation schon ein bisschen enger gefasst. Wir sind derzeit – wir sind noch nicht fertig damit, weshalb wir das

auch noch nicht veröffentlicht haben – mit der Region Dnipropetrowsk in Gespräch. Das hat vielerlei Gründe. Zum einen ist es auch der Wunsch der ukrainischen Nationalregierung gewesen, die wir auch über die Generalkonsulin gefragt haben. Es gibt zum anderen, historisch gesehen, bereits seit 1996 zwischen den Wirtschaftsministerien einen Kontakt. Dann gibt es vielfach Städtepartnerschaften, jetzt jüngst ist ja Köln mit Dnipro, mit der Hauptstadt, im Gespräch.

Und wir haben, was diesen dritten Teil angeht, immer gesagt: Wir wollen einerseits akute Direkthilfe leisten, wir wollen zum anderen Wiederaufbauhilfe leisten, und wir wollen drittens auch eine Partnerschaft auf Augenhöhe in der Zukunft. Das soll damit verbunden sein. Gerade bei diesem dritten Teil haben wir gesagt, da wollen wir eine Region identifizieren, mit der es tatsächlich zum einen Ähnlichkeiten gibt und zum anderen aber auch eine gewisse Komplementarität, sodass man sich wirklich auch ergänzt und dass das auf Dauer eine lebendige Partnerschaft ist – nicht irgendwie sozusagen jetzt nur für die Galerie oder für den Moment, den wir jetzt gerade alle gemeinsam durchstehen müssen.

Und da sehen wir mit Dnipropetrowsk wirklich großes Potenzial. Es ist natürlich so – Sie können sich vorstellen –, dass die dortige Regionalverwaltung einerseits sehr interessiert ist an dieser Partnerschaft, weil man auch das Zeichen natürlich damit sieht, und andererseits auch ein paar andere Sorgen hat. Gerade sind wir dabei, mit dem dortigen Leiter der Oblast einen Termin zu finden bzw. mit dem Stellvertreter. Sie kriegen dann die Information, dass der Leiter der Oblast, weil er gleichzeitig der Leiter der militärischen Operation ist, auch andere Termine hat. Das sind Dinge, mit denen wir uns hier zum Glück nicht tagtäglich befassen müssen, die aber dazu führen, dass wir an der Stelle auch Rücksicht darauf nehmen.

Und es ist so, dass wir im Sinne der Akuthilfe sehr bald schon zu einem Punkt kommen wollen. Sie wissen, dass gerade mit Blick auf den begonnenen Winter die Frage der Energieversorgung und Generatoren akut ist. Wir sind aber auch gleichzeitig mit der dortigen Verwaltung im Gespräch über die anderen Teile der Partnerschaft. Uns liegt sehr daran, dass, wenn wir in die Veröffentlichung gehen. Ich habe gesagt, wir wollen im ersten Akzent die Akuthilfe in diesem Jahr leisten, aber wollen dann auch ganz bewusst diesen Ausblick sehr schnell liefern, damit klar ist: Es geht jetzt hier nicht darum, Hilfslieferungen an einen anderen Ort zu bringen, was die Landesregierung schon bisher macht. Deswegen versuchen wir, diese Dinge jetzt auch zusammenzubinden und wollen dann, wahrscheinlich zu Beginn des neuen Jahres, sehr zeitig dazu kommen, das auch formal zu fassen. Das ist das Eine.

Darüber war ich auch im Gespräch kürzlich mit drei ukrainischen Abgeordneten aus deren Nationalversammlung, jetzt weniger über die Regionalpartnerschaft im engeren Sinne, sondern auch über andere Hilfen, die wir in Richtung Ukraine liefern. Der Fokus verschiebt sich von der medizinischen Hilfsgüterversorgung hin zu der Energieversorgung, Stichwort Generatoren.

Wir haben ja bis vor Kurzem noch mit „NRW hilft“ jede Woche einen Lastzug Richtung Ukraine geschickt mit Medizingütern neben der Unterstützung für die Aktion Medeor und das blaugelbe Kreuz und andere Aktivitäten. Wir sind gerade dabei zu prüfen, ob wir diese Lieferkette, die wir da selber aufgezogen haben, nutzen können, um andere

Dinge zu nutzen, weil uns klar signalisiert worden ist, was Medizingüter angeht, ist die Versorgung gerade so, dass man das eigentlich nicht mehr braucht.

Im Gegenteil, man hat da mit Blick auf Lagerungen sonst Probleme, sodass wir jetzt versuchen, mit Amprion und anderen Energieunternehmen zu überlegen, was man an Know-how, aber auch an Material von hier aus beisteuern kann, um im Bereich der Energieversorgung unseren Anteil zu liefern. Da haben wir in Nordrhein-Westfalen nun einiges an Erfahrung und Expertise, und die wollen wir natürlich an der Stelle auch einsetzen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank Herr Minister! Das war quasi ja fast ein Untertagesordnungspunkt – würde ich mal sagen –, Ukraine in diesem TOP. Ich war gerade bei der Verabschiedung. Noch einmal, Herr Kuschke, Frau Brockmann, vielen Dank, viel Erfolg.

(Beifall)

Sie sind herzlich eingeladen, weiter an der Sitzung teilzunehmen. Aber wir haben auch jedes Verständnis, wenn Sie uns verlassen.

### **3 Ergebnisse der Regierungskonsultationen mit Belgien am 29. November 2022**

#### **Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:**

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte Ihnen einen Eindruck vermitteln aus den erstmaligen Konsultationen auf nationaler Ebene mit den belgischen Freunden. Wir waren nicht mit dem ganzen Kabinett vor Ort, sondern mit einer Teildelegation, mit dem Ministerpräsidenten, mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin, dem Verkehrs- und Umweltminister und mit meiner Wenigkeit. Von belgischer Seite waren das Premierminister Alexander De Croo, die Energieministerin Van der Straeten und der Verkehrsminister Georges Gilkinet. Der Wirtschaftsminister musste kurzfristig absagen.

Wir haben sowohl bilateral in kleineren Gesprächsgruppen als auch in einer größeren Runde mit allen zusammen verschiedene Themen erörtern, wobei es mitunter sehr konkret geworden ist, etwas beim Thema Energie. Es hat sich gezeigt, dass es gut ist, die Botschafter dazu zu nehmen. Wir hatten den belgischen Botschafter in Deutschland und den deutschen Botschafter in Belgien dabei.

Ich nehme insgesamt wahr, dass auch bei der Bundesregierung – das ist jetzt fern von jeder Farbenlehre – zunehmend der Vorteil eines solchen intensivierten formalen Austausches zwischen Nordrhein-Westfalen und seinen nationalen Nachbarn gesehen wird. Wenn ich mich an die ersten Regierungskonsultationen mit den Niederlanden erinnere, dann war dem ein langer Disput mit dem Auswärtigen Amt vorausgegangen über die Frage, ob man das Konsultationen nennen darf oder nicht.

Ich habe jetzt wahrgenommen, dass die Botschafter das Ganze als gewinnbringend erlebt haben, weil man mitunter über manche Themen konkreter ins Gespräch kommt. Das war zumindest die Rückmeldung, die ich bekommen habe. Wenn es etwa um die Gestaltung der Energieversorgung geht, hier auch um einzelne Pipelineprojekte, dann sind die Länder in Deutschland über die Genehmigung bis hin zu den Bedarfen der Unternehmen und anderen Dingen sehr konkret daran. Auf der anderen Seite bestand großes Interesse, darüber im Austausch zu sein. Der Ministerpräsident war am gleichen Tag morgens in Zeebrugge bei dem LNG-Terminal von Fluxus. Das war ein sehr konkreter Austausch zu dieser Frage.

Das zweite Thema, bei dem wir auch sehr konkret geworden sind, ist der 3RX, ein Thema, das uns schon viele Jahre beschäftigt. Hier öffnet sich nach Auffassung aller ein „Window of Opportunity“ im nächsten Jahr, besonders im nächsten Sommer, zumal wir zu Beginn des nächsten Jahres die eine oder andere Studie erwarten, wobei die Niederländer an der Stelle das Nadelöhr sind. Wir hatten im Oktober das Gespräch bei Herrn Rütte. Im Rahmen des Beneluxgipfels hat der Ministerpräsident mit ihm noch einmal gesprochen. Es hat sich in den Niederlanden, was Koalitionsvereinbarungsbindungen angeht, etwas an der Stelle verändert. Wir nehmen wahr, dass man dort durchaus gewillt ist, einen Schritt vorwärts zu tun.

Wir sind da nicht bei allen Fragen am Ende, mit Blick auf die Finanzierung, aber sehen die Punkte auch bei EU-Geldern. Wir stellen fest, dass wir durch den Ukrainekonflikt erstmals solche Fragestellungen wie die logistischen Kapazitäten im Falle

einer militärischen Auseinandersetzung wieder anders in den Blick nehmen, als wir es viele Jahre zuvor getan haben. Dann sind das auch Argumente für den 3RX und die Betuwe-Linie und andere Projekte, die wir in den Jahren zuvor nicht in gleicher Weise gesehen haben. Wir wollen das nächste Jahr nutzen, um wirklich einen Schritt vorwärts zu tun.

Drittes Thema war neben der Energieversorgung, was die Infrastruktur angeht, auch das Thema Atomenergie. Natürlich sprechen wir in solchen Kontexten auch schwierige Themen an. Und haben das auch getan. Wir haben darum geworben, dass wir in die Überprüfungen der kritischen Mailer eingebunden werden. Das hat man uns zugesagt. Herr Pinkwart, Sie haben sich seinerzeit als Energieminister auch dafür stark gemacht.

Wir wissen, dass das keine Selbstverständlichkeit ist. Die Belgier haben das Thema häufig sehr delikats empfunden; aber wir haben an der Stelle, finde ich, einen Modus Vivendi, der uns erlaubt, wenn man es in der richtigen Tonlage anspricht, dass wir tatsächlich das bekommen, was wir brauchen, weil wir dafür geworben haben, dass es Verständnis geben muss für die Sensibilität, besonders in den Grenzregionen. Auch der Premierminister war sehr offen dafür, darüber zu sprechen. Das fand ich sehr angenehm.

Zwei letzte Themen, einmal das Thema Fahrradpolitik. Es gibt momentan eine enorme Dynamik in den Grenzregionen – das war auch schon Thema beim Beneluxgipfel. Die Belgier haben den Wunsch, 2024 zum Europäischen Jahr des Fahrrads zu erklären und wollen dafür auch besonders in den Grenzregionen die Fahrradinfrastruktur verbessern.

Das hat der Ministerpräsident beim Beneluxgipfel als auch jetzt in Brüssel unterstützt. Auch die Verkehrsminister haben sich darüber intensiver ausgetauscht. Die Belgier haben im ersten Halbjahr 2024 die EU-Ratspräsidentschaft. Dementsprechend ist es gut, wenn man das auf der Ebene schon vorbereitet.

Letztes Thema Einstein-Teleskop, was das Plenum des Landtags in der letzten Sitzung beschäftigt hat. Dafür hat der RP beim Beneluxgipfel geworben. Wir haben das jetzt in dem Kreis auch noch einmal getan. Es ist klar, dass die belgische Nationalregierung hier rechtlich wenig Kompetenz hat, die liegt eher in den Regionen, die in Belgien sehr stark sind, was das angeht.

Wir haben eine enorme Unterstützung der Kollegen aus Flandern. Ich hatte den Circular Valley Gipfel in Wuppertal genutzt, um mich mit meinen flandrischen Kollegen darüber zu unterhalten, der dort war. Die sind Feuer und Flamme. Das kann man nicht in gleicher Weise für die Wallonie sagen, die sind etwas kritischer. Jetzt versuchen wir über die belgische Nationalregierung direkt, auch über die Botschaften dafür zu werben, dass zu dem Runden Tisch, zu dem ich am 13. Dezember nach Bonn eingeladen habe, auch ein Vertreter der Wallonie kommt. Das wäre an der Stelle ein großer Fortschritt, weil wir bei diesem Runden Tisch zum einen die Vertreter der drei Nationalregierungen zusammenbringen, aber auch der beteiligten Regionalregierungen und die Wissenschaftler und es dort schaffen wollen, uns auf ein festes Format zu verständigen, um dieses Thema weiter voranzutreiben.

Es wäre das erste Mal, dass es uns gelänge, aus dem Zirkus der bilateralen Gespräche, was das Thema angeht, auszubrechen und in ein gemeinsames Format zu kommen, was ich sehr sinnvoll fände, weil wir hier auf den Punkt kommen müssen, wenn wir das ernsthaft verfolgen wollen. – Das als Ergebnis stichwortartig aus diesen Gesprächen. Wie Sie sehen, waren dieser Nachmittag und Abend gut investierte Zeit.

Die Belgier haben unsere Gegeneinladung für das kommende Jahr gerne angenommen, sodass das auch keine Eintagsfliege bleiben wird.

**4 Der Media Freedom Act der EU hat mit „Freedom“ nichts zu tun und muss abgelehnt werden!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1677

In Verbindung mit:

**5 Subsidiaritätsrüge zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (BR-Drs. 514/22)**

EU-Vorlage 18/1

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien am 24. November 2022)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, die EU-Vorlage 18/1 sei ebenfalls am 24.11.2022 verteilt worden. Über eine Subsidiaritätsrüge sei bereits am 25.11.2022 im Plenum des Bundesrats beraten worden. Die Obleute hätten sich am 24.11.2022 ausgetauscht und seien sich einig gewesen, dass eine Befassung des Ausschusses in einer Sondersitzung nicht für erforderlich gehalten werde.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** merkt an, seine Fraktion würde darum bitten, den Antrag noch einmal zu schieben. Es gebe intern noch Klärungsbedarf. Möglicherweise werde der Antrag auch aufgrund der Subsidiaritätsrüge zurückgezogen.

Der Ausschuss vertagt die Beratung über TOP 4 und 5.

**6 „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1664

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 24.11.2022)*

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** meint, er könne nahtlos anknüpfen an den Bericht von Minister Liminski über die Regierungskonsultationen mit Belgien, das Einstein-Teleskop und die positive Erkenntnis, dass manches strategische Vorhaben nicht nur bilateral besprochen werden sollte, sondern möglichst auch trilateral oder darüber hinaus. Er habe den Eindruck, dass diese Infrastrukturvorhaben aufgrund der besonderen Situation, die der Ausschuss schon mit der Generalkonsulin heute Morgen besprochen habe, umso dringlicher geworden seien. Man könne sie nicht nur mit einem der beiden Nachbarn bereden, beide hätten große Häfen, auf die NRW angewiesen sei. Man sollte miteinander reden.

Gerade die chemische Industrie, die energieintensive Industrie insgesamt seien darauf angewiesen, dass sie eine Perspektive bekämen, was Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie betreffe. Sonst würden sie auf absehbare Zeit hier nicht mehr neu investieren. Damit würden die Standorte wegsterben. Das müsse man leider so sehen.

NRW sei nicht alleine in Deutschland betroffen. Das gelte gerade auch für Rheinland-Pfalz, für BASF, den größten Chemiestandort in Europa. Auch sie seien dringend auf nachhaltige Perspektiven angewiesen. Es gebe das Problem der nicht voranschreitenden Rheinvertiefung und der klimawandelbedingten Schifffahrtseinschränkungen in den Sommermonaten. Von daher seien Pipelines hilfreich. Sie würden die Straße entlasten, sie entlasteten die Bahn, die natürlich besser werden müsse.

Jetzt nutze man die Bahn, um die Kohletransporte zu intensivieren. Deswegen würden andere Züge stillstehen. Vorn und hinten sei die Infrastruktur nicht da, wo sie sein müsste. Das stelle man jeden Tag fest. Die Anforderungen würden steigen, gerade beim Thema Wasserstoff.

Wenn man die Chemie klimaneutral machen wolle – das sei bis 2045 geplant, das sei übermorgen –, dann müsse man sehen, dass nach den Studien 85 % bis 90 % des Wasserstoffs aus allen Teilen der Welt nach Nordrhein-Westfalen kämen. Das werde nur über Pipelinesysteme funktionieren. Man werde auch CO<sub>2</sub>-Abschaltungen vornehmen müssen, wenn man klimaneutral werden wolle. Kein Weg führe daran vorbei. Die Zementindustrie, andere Industrien, die aus dem Prozess selbst CO<sub>2</sub> emittieren würden, müssten das kanalisieren. Man müsse auch dort zu einer Circular Economy kommen, dass man diese Stoffe auch weiter nutze, in einem Kreislauf halte und nachhaltig

nicht emittiere. Das müsse professionell abgebildet werden. Deswegen brauche man diese Infrastruktur. Es gebe auch Initiativen der niederländischen Regierung, auch der Belgier, die sehr interessiert seien. Es gebe unternehmerische Initiativen, auch auf deutscher Seite. Nach seinem Eindruck kämen die nicht in dem Maße voran, wie es mit Blick auf die Zeitachse notwendig wäre.

Deswegen sei der Ansatz seiner Fraktion, eine Regierungskonferenz zu machen, an der die betroffenen Regionen beteiligt seien, aus deutscher Sicht Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Von belgischer und niederländischer Seite könnte es auch die betroffene Region sein, aber auch die drei europäischen Staaten Niederlande, Belgien und Deutschland, dass man eine gemeinsame Konferenz durchführe, um konkret werden zu können, wie Herr Liminski gesagt habe. Dafür brauche man die Länder, die Regionen im Sinne einer schnellen Umsetzung. Er könne sich sehr gut vorstellen, dass das einen wichtigen Beitrag leisten könnte.

Der Bund versuche, jetzt seine Gesetze zu überarbeiten, dass man zu schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren komme. Das spiele mit hinein, was dort auch Berücksichtigung finden könne.

Seine Fraktion rege an, eine Anhörung dazu durchzuführen, um dieses Thema intensiver mit Fachleuten zu beleuchten. Seine Fraktion schlage eine Präsenzanhörung mit zwei Sachverständigen pro Fraktion vor, die möglichst zeitnah stattfinden sollte. Er würde vorschlagen, dass wichtige Vertreter der Industrie, wie unternehmer nrw, VCI, die besonders berührt seien, vor der Klammer eingeladen würden, damit sie die Gelegenheit hätten, ihre Standpunkte im Ausschuss zu erörtern.

**Inge Blask (SPD)** bezeichnet das als einen richtigen Aufschlag. Die Konsultationen, von denen Herr Liminski gerade berichtet habe, würden zeigen, dass man an der Stelle mehr tun müsse.

Sie habe vor Kurzem mit den Kollegen aus dem Saarland gesprochen. Sie hätten berichtet, dass es da auch institutionalisierte Absprachen und Gremien zwischen Saarbrücken und Frankreich gebe. Sie könnte sich vorstellen, dass man so etwas regelmäßiger stattfinden lasse, um die konkreten Probleme länderübergreifend zu lösen – das nicht im weiten Europa, sondern vor Ort und in der Region. Sie freue sich auf die Diskussion.

**Romina Plonsker (CDU)** hält fest, der Minister habe erklärt, was schon alles passiert sei. Sie widerspreche dem Eindruck, dass da nichts passiere. Das habe sie bereits in ihrer Rede im Plenum gesagt. Nicht erst jetzt, sondern auch in vorigen Legislaturperioden habe es Regierungskonsultationen gegeben. Was die Anhörung angehe, so hätte sie gedacht, eine Nennung pro Fraktion plus die beiden vor der Kammer. Aber sie gehe da auch gerne mit auf die zwei. Sie wolle allerdings dem Eindruck widersprechen, dass die Regierung bisher etwa untätig gewesen sei.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** entgegnet, als Teil der Vorgängerregierung habe er nicht vor, sich selbst zu kritisieren. Er wolle auch nicht die neue Regierung kritisieren,

die tätig sei. Er wolle nur die Erfahrung teilen, dass es bislang auch in bilateralen Gesprächen nicht immer einfach gewesen sei, weil es auch dort unterschiedliche Interessen gebe.

Jedes Land habe einen Welthafen. Jeder habe seine Interessen im Blick. Man müsse sie nach seiner Überzeugung aber gemeinsam zusammenbringen, weil man davon abhängig sei, dass es zu gemeinsamen Lösungen komme.

Man sei auf diese Infrastrukturen angewiesen. Insofern habe auch keiner einen Nachteil zu befürchten. Das sei keine Kritik. Das sei eine konstruktive Anregung, die seine Fraktion mache. Er würde sich freuen, wenn auch der formelle Vorschlag mit zwei Sachverständigen Zustimmung finde. Er habe eben die beiden Unternehmerverbände genannt. Aus seiner Erfahrung heraus hielte er es für gut, wenn man ein oder zwei Gewerkschaften auch vor die Klammer nehmen würde. Das sei eine Anregung.

Als er zwei Wochen im Amt gewesen sei, 2005, habe er eine Rede seiner damaligen Kollegin übernehmen müssen, weil sie nicht anwesend hätte sein können, für die CO-Pipeline, was im Plenum um 22:00 Uhr verhandelt worden sei. Alle Reden seien zu Protokoll gegeben worden. Drei Wochen später habe er einen Termin in Monheim auf Einladung des Bürgermeisters wahrgenommen, der ihm die Eintragung ins Goldene Buch – dazu sei er eingeladen gewesen – verweigert habe, weil er diesem zugestimmt hätte, auch noch ohne dazu zu reden. Das sei seine Lebenserfahrung. Über solche Infrastrukturprojekte müsse man reden zur besten Sendezeit im Parlament, vor allem wenn man sich einig sei in der Notwendigkeit, weil die Bürger ein Anrecht darauf hätten zu wissen, was die Gesellschaft brauche. Je breiter man das auch aufsetze und die Interessen gemeinsam betrachte, umso mehr Rückhalt hätten solche Projekte in der Öffentlichkeit.

**Josef Neumann (SPD)** unterstützt den Vorschlag von Prof. Dr. Pinkwart, insbesondere den VCI und die IGBCE vor die Klammer zu ziehen. Das seien die zwei Global Player, die jenseits aller anderen in dieses Thema eingebunden werden müssten.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** hält fest, der Ausschuss werde eine Präsenzanhörung durchführen. Den Termin werde man noch abstimmen. Wie zeitnah das gelinge, wisse man noch nicht, man versuche es aber. Zwei Sachverständige könnten pro Fraktion benannt werden, VCI und IGBCE würden vor die Klammer gezogen.

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

## **7 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

## **2 Anlagen**

19.01.2023/25.01.2023

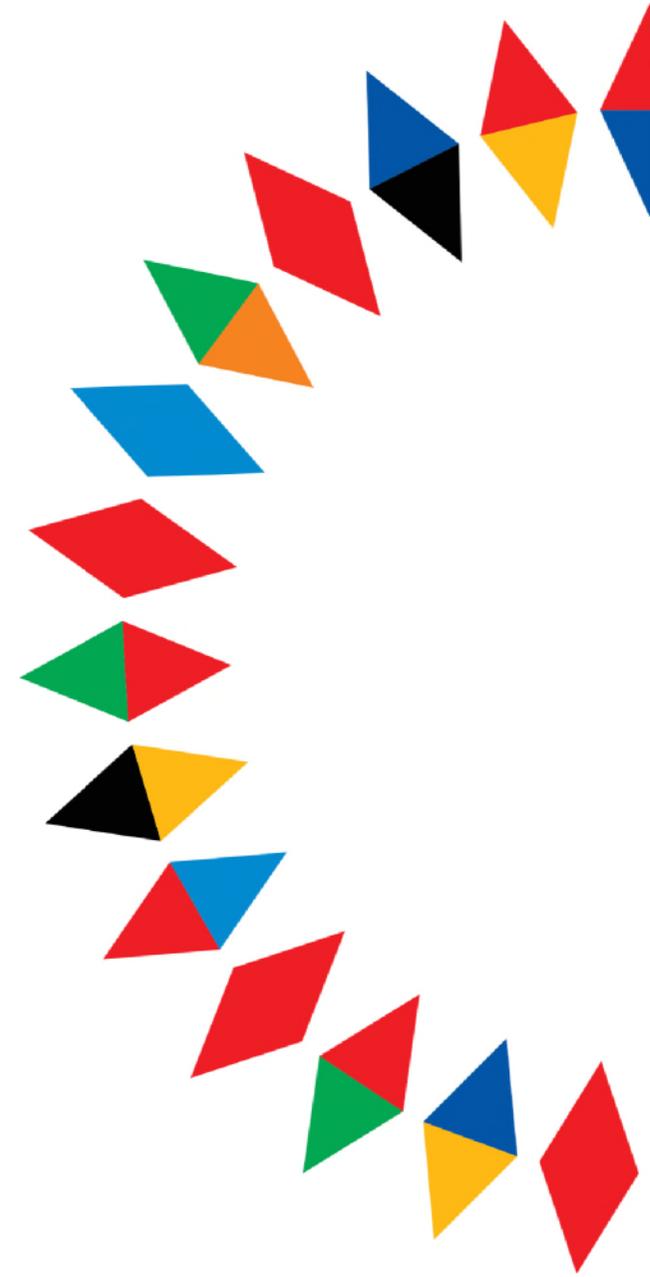


# Die Tschechische EU-Ratspräsidentschaft: Eine Bilanz

Sitzung des Europaausschusses,  
Düsseldorf, 2. Dezember 2022



EU2022.CZ



## Kontext der CZ PRES 2022

- Zweite CZ PRES seit dem Beitritt (2009: Pre-Lisbon)
- Herausforderungen:
  - Russische Aggression gegenüber der Ukraine
  - Volatilität des Energiemarktes, steigende Energiepreise und Inflation
  - Illegale Migration



## Europe as a Task: Rethink, Rebuild, Repower

- Motto der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft für 2022
- Inspiriert durch den Titel der Rede von Václav Havel bei der Verleihung des Karlspreises 1996
- Europas Verantwortung für die globalen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen
- Europa als Quelle der Inspiration und der Kraft, mit gutem Beispiel voranzugehen



# Logo damals (2009) und heute (2022)



## Prioritäten der CZ PRES: Fünf Themenbereiche

- 1) Bewältigung der Flüchtlingskrise und Erholung der Ukraine  
nach dem Krieg
- 2) Energiesicherheit
- 3) Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten,  
einschließlich Cybersicherheit
- 4) Widerstandsfähigkeit der EU-Wirtschaft
- 5) Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen



# Horizontale Prioritäten in den EU-Außenbeziehungen

- **Strong Europe:** EU als global player, verlässlicher transatlantischer Verbündeter und Schlüsselpartner für funktionierenden Multilateralismus
- **Resilient Europe:** EU widerstandsfähig gegenüber externen und internen Bedrohungen, einschließlich hybrider Kriegsführung und Terrorismus
- **Sustainable Europe:** EU als Akteur beim Klimaschutz, beim Aufbau der Widerstandsfähigkeit von Drittländern und als aktiver Verfechter der UN-SDGs



## Geographische Prioritäten in externen EU-Beziehungen (MFA, FAC/GAC)

- **Osteuropa:** Unterstützung der Ukraine, Eastern Partnership neudenken
- **Westbalkan:** Aufnahme von Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien, Einigung auf Visa-Liberalisierung für Kosovo
- **Indo-Pazifik und Sahel:** stärkeres strategisches Engagement im Einklang mit dem Strategischen Kompass

## Zwischenbilanz der CZ PRES

### Ukrainehilfe

- Finanzhilfepakete und militärische Hilfe
- Ahtes Sanktionspaket gegen Russland
- Visaregime für Russen
- Sanktionen gegen den Iran



# Energie

- Einsparungen
- Gemeinsame Gasbeschaffungen
- Preisobergrenzen für Gas und Strom (vorübergehende Maßnahme)
- Sofortmaßnahmen bei Gasmangel (Gaszuteilungsmechanismus)
- Erneuerbare Energien



## Erweiterung der EU

- Kandidatenstatus für Ukraine und Moldawien
- Beitrittsverhandlungsprozess mit Albanien und Nordmazedonien gestartet
- Fortschritt bei Visafreiheit für Kosovo



# Migration und Westbalkan

- Bekämpfung von illegalen Migration
- Harmonisierung der Visapolitik
- Aufmerksamkeit für die Cybersicherheit und Desinformationen

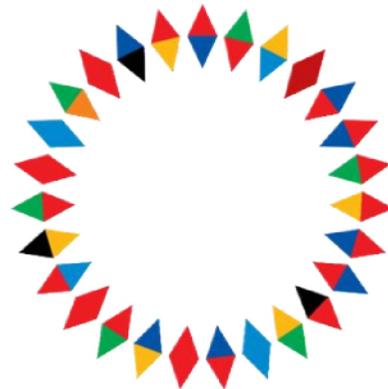


# Digitalisierung

- Digitale Transformation bis 2030
- Beschluß zur digitalen Diplomatie
- Digital Markets Act



# Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



EU2022.CZ



EU2022.CZ



# Netzwerkstelle Städtepartnerschaften

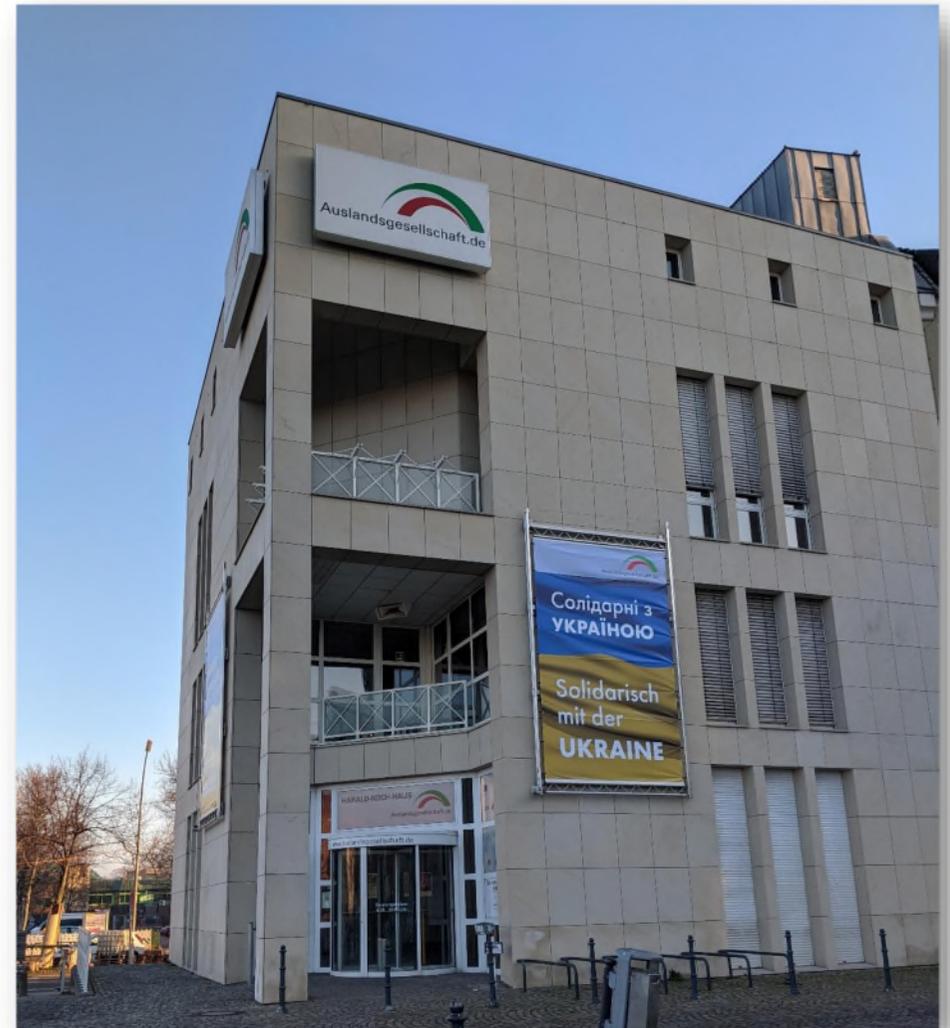
Vorstellung im  
Ausschuss für Europa und Internationales  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
02/12/2022

## Die Auslandsgesellschaft.de e.V.

- ✓ Satzungszweck seit über 70 Jahren: Förderung der Völkerverständigung im Geiste von Humanität und Toleranz
- ✓ Brücken bauen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, zwischen Völkern, Gesellschaftsordnungen und Kulturen
- ✓ Thematische Schwerpunkte: Europa, internationale Politik, Zuwanderung und Integration, Demokratie und Erinnerung

In Zahlen:

- 750 Mitglieder
- 100 Ehrenamtliche
- 50 Mitarbeitende
- 40 Honorarkräfte und Dozierende
- 20 Reiseleiter\*innen
- über 100 Referent\*innen
- 400 Besuchende / Teilnehmende täglich



*Seit 1986 neben dem Gebäude der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund*

## Alles unter einem Dach:

- Sprachen
- Reiseplanung
- Veranstaltungen
- Themen & Projekte



## Ehrenamt & Engagement

- Bürgerschaftliches Engagement innerhalb von 28 bilateralen Gesellschaften & Länderkreisen
- Beginn 1949 mit Belgien, Frankreich, Italien und Niederlande
- **Jahrzehntelange Erfahrung in städtepartnerschaftlicher Arbeit**
- Aufnahmeorganisation Europäischer Freiwilligendienst

## Institut für politische Bildung

Zertifizierte Einrichtung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW

- Studienseminare
- Internationaler Austausch
- Gedenkstättenfahrten
- Veranstaltungen
- Projekte

Eurodesk Beratungsstelle

Europe Direct  
Dortmund

Netzwerkstelle  
Städtepartnerschaften

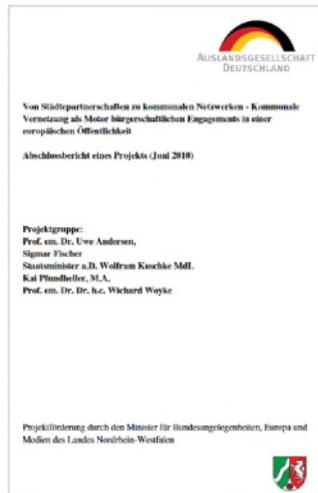
## Intercultural Academy

Zertifizierte Einrichtung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW

- Integrationskurse (BAMF)
- 26 Fremdsprachen
- Schülersprachkurse
- Sprachprüfungen
- Business-Services

# „Kompetenzzentrum Städtepartnerschaften und Europäische Zivilgesellschaft“ der Auslandsgesellschaft

- Seit 2009 Befassung mit Städtepartnerschaften und europäischer Zivilgesellschaft
- Wissenschaftsbasierte Analyse in Bestandsaufnahme und Bedarfserhebung verbunden mit Praxisorientierung



## Pilotprojekt „Geschäftsstelle Städtepartnerschaften“ im Jahr 2020



- **Themenfeld 2020: NRW-britische Städtepartnerschaften**
- **Projekt im Auftrag der Staatskanzlei NRW**
- Genutzte Formate: umfragebasierte Bestandsaufnahme, Blog, Newsletter, Workshops, Seminar...

### Ergebnisse:

- ✓ britische Partnerschaften = das Sorgenkind der NRW-Städtepartnerschaften
- ✓ NRW-weite Rückmeldungen aus den Kommunen und Vereinen
- ✓ Initiative notwendig für (Re-)Vitalisierung insbesondere nach Brexit
- ✓ Erfolg ist möglich: Sechs Schulpartnerschaften durch Kleinprojekt entstanden

## Netzwerkstelle Städtepartnerschaften 2021-2022

- ✓ Aufbau einer zentralen Netzwerkstelle für Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen im Auftrag der Staatskanzlei NRW
- ✓ Themenschwerpunkte und Länder:

- Migration
- Integration
- Digitalisierung
- Jugend
- Bildung
- Nachhaltigkeit

- Vereinigtes Königreich
- Polen
- Türkei
- Ungarn
- USA
- Westbalkan

- ✓ Unsere Vorgehensweise: durch intensive Netzwerkarbeit die beiden Hauptzielgruppen Kommunen & Vereine in den Austausch bringen und mit Multiplikatoren vernetzen

### Deutsch-britische Städtepartnerschaften

von Beate Brockmann

Im Rahmen ihres Pilotprojekts „Geschäftsstelle Städtepartnerschaften | Themenfeld 2020: Nordrhein-westfälisch-britische Städtepartnerschaften“, setzte sich die Auslandsgesellschaft schwerpunktmäßig mit den städtepartnerschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich auseinander. Dr. Stefan Holtz-Pförtner, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen förderte das Projekt.

Ein Sachbericht stellt das Pilotprojekt sowie die begleitenden Datenerhebungen, Analysen und Auswertungen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit vor.

#### Historischer Kontext, schriftliche Befragung und Experteninterviews

Nordrhein-Westfalen ist mit 112 britischen Städtepartnerschaften (etwa jede dritte Kommune) Spitzenreiter im innerdeutschen Vergleich. Vor dem Hintergrund des Brexit und der historisch engen Verbindung zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich haben diese eine herausragende Stellung: Partnerschaften mit britischen Kommunen nehmen den zweiten Rang in der geografischen Verteilung nordrhein-westfälischer Städtepartnerschaften ein.

Bereits in ihrer Befragung der nordrhein-westfälischen Kommunen und Kreise zu ihren Städtepartnerschaften 2009 hatte die Auslandsgesellschaft festgestellt, dass die britischen Partnerschaften als weniger lebendig beurteilt wurden. Auch das Erlernen der deutschen Sprache stößt auf immer weniger Interesse. Die schriftliche Befragung 2020 ergab ähnliche Schlussfolgerungen. Fehlender Nachwuchs wurde als große Herausforderung genannt, gefolgt von Schwachpunkten, die der britischen Partnerseite angelastet werden: geringe finanzielle Handlungsmöglichkeiten, mangelnde Unterstützung auf Seiten der britischen Verwaltung und wenig Interesse für Europa und Städtepartnerschaften.

Parallel dazu wurden protokollierte Telefoninterviews mit europabezogenen Vereinen, Schulen, Trägern der Weiterbildung,



NRW ist innerdeutsch führend bei den deutsch-britischen Städtepartnerschaften. Sie nehmen den 2. Rang in der geografischen Verteilung ein. Das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure ist trotz der Unsicherheiten durch den Brexit weiterhin ungebrochen.

## Die Netzwerkstelle Städtepartnerschaften



### Formate/Angebote:

- Digitale Veranstaltungsreihe „Forum Städtepartnerschaften NRW“
- Biennale „Tag der Städtepartnerschaften“
- Vierteljährlicher Newsletter
- Umfangreicher Förderleitfaden speziell für Bedürfnisse von Städtepartnerschaften
- Ideenbörse für *Best Practices*
- Beratung und Begleitung



**Botschaft: Städtepartnerschaften sind ein Goldschatz der Kommunen, der aber bei vielen erst noch zu heben ist!**



## Erkenntnisse:

- Jede Städtepartnerschaft in NRW ist ein Baustein der internationalen Beziehungen unseres Bundeslandes
- Digitalisierung und die Pandemie haben die Kluft zwischen erfolgreichen und schwächeren Partnerschaften verstärkt
- Aktuelle internationale Herausforderungen, Kriege und Krisen erfordern großes Konfliktlösungspotential bei den Kommunen
- Zivilgesellschaft ist ein unverzichtbarer Motor der Städtepartnerschaften in NRW, benötigt jedoch Unterstützung insbesondere beim Generationswechsel
- Austausch zwischen (NRW-)Städtepartnerschaften zu Aspekten ihrer internationalen Aktivitäten ist unabdingbar
- Neue Zielgruppen können durch größere Sichtbarkeit angesprochen werden
- Beratungsstrukturen verstärken Kontinuität in einem sehr personenabhängigen Feld

# Perspektiven

## Leuchtturmprojekte

**Leitprojekt 1 –**  
Reallabor Kommunalen  
Aufbaupartnerschaften  
NRW-Ukraine



**Leitprojekt 2 –**  
Nachwuchs für  
europäische  
Städtepartnerschaften  
(Zielgruppe: Kinder-  
und Jugendparlamente,  
Auszubildende)



**Leitprojekt 3 –**  
Sport als Einstiegstor zu  
Städtepartnerschaften und  
zivilgesellschaftlichem  
internationalen Engagement

## Grundlagenarbeit



### ...entlang von bewährten Querschnittsthemen

- Migration
- Integration
- Digitalisierung
- Jugend
- Bildung
- Nachhaltigkeit



Allgemeine Beratung und Begleitung

# Danke für Ihre Aufmerksamkeit !



## **Netzwerkstelle Städtepartnerschaften**

Auslandsgesellschaft.de e.V.

Steinstr. 48 | 44147 Dortmund

Tel : + 49 (0) 231 . 838 00 46

[becker@auslandsgesellschaft.de](mailto:becker@auslandsgesellschaft.de)

<https://staedtepartnerschaftennrw.org>



**Dr. Kai Pfundheller**

Projektleiter



**Beate Brockmann**

Referentin